



Das Magazin der GIZ

akzente

Sicherheit

Konflikte, Fragilität und Gewalt überwinden

WEITERE THEMEN:

Transparenz schaffen: Straßenbau in Costa Rica

Netze auswerfen: Mauretanien nutzt seinen Fischreichtum.

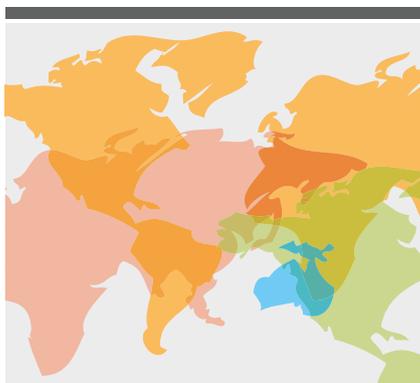
giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



12 **SICHERHEIT:** Konflikte, Kriminalität, fragile politische Verhältnisse - Unsicherheit hat viele Ursachen.



30 **AUSBILDUNG:** Fachkräfte sollen die Wirtschaft in Laos ankurbeln.



giz UNTERNEHMENSPROFIL

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH bietet nachhaltige und wirkungsvolle Lösungen für politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungsprozesse. Das Bundesunternehmen hat über 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist in mehr als 130 Ländern aktiv.

www.giz.de

EXPONIERT

8 **Transparenz ist Pflicht**

Costa Rica modernisiert sein Straßennetz mit Hilfe eines großen Kredits. Die GIZ berät das Land bei der Abwicklung.

AKZENTUIERT

12 **Sicherheit**

Konflikte, Fragilität und Gewalt überwinden

Im Fokus: Hauptsache Sicherheit – nachhaltige Entwicklung braucht sichere Rahmenbedingungen.

Im Interview: So wirkt „vernetzte Sicherheit“ in Afghanistan.

Im Überblick: Projekte aus der Arbeit der GIZ

In Zahlen: Sicherheit international

KOMMENTIERT

26 **Die Realität ist zu Hause**

TV-Journalist Hans-Ulrich Gack über Arbeitseinsätze in Afghanistan

ENGAGIERT

30 **Den Anschluss schaffen**

Laos setzt auf die Ausbildung von Fachkräften, um wirtschaftlich zu anderen Ländern in der Region aufzuschließen.

34 **Das Gold des Meeres**

Bei Mauretanien denkt man eher an Wüste als an Meer. Dabei verfügt das Land über reiche Fischgründe, die es nun nachhaltig erschließt.

38 **Gemeinsame Verantwortung**

Das Schwellenland Mexiko finanziert Entwicklungsprojekte in Ländern der Region und geht neue Wege in der Zusammenarbeit mit Deutschland.

FOTOS: GIZ/SHABBAR HUSSAIN IMAM (2 OBEN LINKS), SASCHA MONTAG (2 OBEN RECHTS), THOMAS IMO (3 OBEN LINKS), GIZ/KARSTEN THORMAEHLER (3 RECHTS)



34 FISCHEREI: Mauretanien nutzt seinen Fischreichtum.

I ERKLÄRT

42 Risiken minimieren

Das Sicherheits- und Risikomanagement der GIZ

I VORGESTELLT

46 Yann Le Beux berät Existenzgründer

WEITERE RUBRIKEN

- 4 informiert: Nachrichten, nachgehalten
- 28 fotografiert: Nicht einfach nur ein Spiel
- 44 Service: Medien- und Veranstaltungstipps
- 47 Autoren und Fotografen dieser Ausgabe, Impressum, Vorschau

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

für das tägliche Leben können wir uns in Ländern wie Deutschland weitgehend selbst Sicherheit verschaffen. Wir bringen das Auto in die Inspektion, haben einen Rauchmelder in der Wohnung, Sicherheitsschlösser an der Tür und eine Brandschutzversicherung. Für alles Weitere sorgen eine funktionierende Zivilgesellschaft, loyale Ordnungskräfte und eine unabhängige Justiz. Für Menschen in konflikt- und gewaltgeprägten Regionen der Erde sieht das deutlich anders aus, zu nah und allgegenwärtig sind die Bedrohungen, als dass sie sich sicher fühlen könnten. Dort muss das Vertrauen der Bürger in den Staat und seine Institutionen sowie auch zu den Sicherheitskräften neu aufgebaut werden. Eingeübte Muster der Konfliktlösung durch Gewalt müssen durchbrochen werden. Unser Leitartikel widmet sich diesem Thema, beschreibt Rahmenbedingungen und gibt konkrete Einblicke in die Situation in Afghanistan und der Demokratischen Republik Kongo.



Costa Rica baut sein Straßennetz aus, die Interamerikanische Entwicklungsbank gewährt Kredite in erheblichem Umfang. Bedingung ist, dass die Verteilung der Gelder transparent ist und die Bevölkerung an den Planungen und Entscheidungen beteiligt wird. Bei der Kleinteiligkeit und beim Umfang des gesamten Unterfangens keine einfache Aufgabe. Die Regierung hat die GIZ beauftragt, sie zu beraten. akzente besuchte das Verkehrsministerium und sprach mit Menschen, die von den neuen Verkehrsanbindungen profitieren werden.

Weitere Beiträge führen Sie nach Laos, das bis 2015 den Anforderungen eines einheitlichen ASEAN-Wirtschaftsraums gerecht werden muss, nach Mauretanien, dessen Fischreichtum ausländische Trawler anlockt, aber doch auch der einheimischen Bevölkerung Einkommen verschafft, sowie in das Schwellenland Mexiko, das sich erfolgreich auf den Weg vom ehemaligen Empfänger von Entwicklungsgeldern zum Geberland macht.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Dorothee Hutter
Leiterin Unternehmenskommunikation

Abkommen mit der Islamischen Entwicklungsbank



Dr. Ahmad Mohamed Ali Al-Madani und Tanja Gönner unterzeichnen das Abkommen.

KOOPERATION Im saudi-arabischen Jidda unterzeichneten der Präsident der Islamischen Entwicklungsbank, Dr. Ahmad Mohamed Ali Al-Madani, und GIZ-Vorstandssprecherin Tanja Gönner ein Abkommen, das den Weg frei macht für Kombifinanzierungen und Di-

rektaufträge an die GIZ. Das Abkommen gibt dem Wunsch beider Organisationen Ausdruck, sich zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der arabischen Welt, in Subsahara-Afrika und in Zentralasien vertieft fachlich auszutauschen und gemeinsame strategi-

sche Ansätze zu entwickeln. Die supranationale Bank mit einem jährlichen Umsatz von neun Milliarden US-Dollar vergibt Kredite, aber auch nicht rückzahlbare Zuschüsse zur Finanzierung von Infrastruktur- und Hilfsprojekten. Monetär gespeist wird sie von 56 Mitgliedsstaaten der Organisation für Islamische Zusammenarbeit. Das jetzt unterzeichnete Abkommen mit der GIZ listet als bevorzugte Felder der Kooperation auf: Mikrofinanzierung, Jugendbeschäftigung, berufliche Bildung, Energie und Wasser.

Die GIZ hat bereits langjährige Erfahrungen mit anderen arabischen Gebern. Für den Saudi Fund for Development realisiert GIZ International Services seit Jahren Wasserprojekte in vielen Ländern Afrikas. Seit 2009 finanziert das BMZ ein Regionalprogramm, das arabische Geber für die Kofinanzierung von laufenden deutschen Vorhaben gewinnen will. Erfolgreich war dies bereits bei Projekten zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im Jemen und zum verbesserten Zugang zu Finanzprodukten für Jugendliche in Ägypten und Marokko.

9.000

Um Laborabfälle in Indonesien, Thailand und auf den Philippinen umweltgerecht zu entsorgen, arbeiteten das Pharmaunternehmen Merck und die GIZ drei Jahre lang zusammen.

9.000 Menschen wurden geschult, 230 Tonnen Chemikalien fachgerecht entsorgt und im Industriepark Jakarta eine Flaschenreinigungsanlage für 150 Unternehmen gebaut. Das Projekt gehört zum develoPPP.de-Programm des BMZ.

Ministerin Aigner eröffnet Ausbildungszentrum

ÄTHIOPIEN Bundesministerin Ilse Aigner eröffnete im Mai ein landwirtschaftliches Ausbildungszentrum nahe Asella, 170 Kilometer südöstlich von Addis Abeba. Dort bildet die



Ilse Aigner in Äthiopien

GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz landwirtschaftliche Fachkräfte weiter. Die Landwirtschaft ist der wichtigste Bereich der äthiopischen Wirtschaft; moderne Agrartechnologie ist aber die Ausnahme, es fehlen betriebswirtschaftliche Kenntnisse. Die Produktivität ist gering. Daher stehen Fruchtfolgen, Pflanzenschutz, Bewässerung und nachhaltige Ressourcennutzung auf dem Lehrplan des Zentrums, zudem wirtschaftliches Handeln, Betriebsführung und Marketing.

Zur Eröffnung gekommen waren neben Aigner GIZ-Vorstandsmitglied Cornelia Richter und Vertreter von deutschen Landtechnikunternehmen.



> BANGLADESCH

BRANDSCHUTZ-ALLIANZ

Immer mehr Unternehmen unterzeichnen das Abkommen „Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh“.

Nach dem Einsturz eines auch als Textilfabrik genutzten Gebäudes in Bangladesch am 24. April 2013, bei dem weit über 1.000 Menschen zu Tode gekommen sind, haben immer mehr Unternehmen das Abkommen „Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh“ unterzeichnet. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem sektorweiten Ansatz für die Verbesserung des Brandschutzes und der Gebäudesicherheit in der Textilproduktion in Bangladesch.

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird die GIZ den Überlebenden der Katastrophe, die vielfach schwer verletzt und traumatisiert sind, sowohl mit medizinischer Hilfe als auch mit individuellen Hilfeplänen zur Sicherung ihrer beruflichen Zukunft zur Seite stehen.

Im Auftrag des BMZ und der Europäischen Union hat die GIZ in Bangladesch seit 2005 über 2.000 Betriebe mit insgesamt 1,5 Millionen Beschäftigten unterstützt. Allein in den Jahren 2011 und 2012 haben 350 Textilfabriken ihre Sozial- und Umweltstandards deutlich verbessert, 170 Fabriken ließen sich nach mindestens einem internationalen Arbeitsstandard zertifizieren.

> NEUE PROJEKTE

Krankenhausbau

LIBYEN Der Privatinvestor Peaktrade Holdings Ltd. Benghazi hat GIZ International Services mit der Fertigstellung, der Ausstattung und dem Betrieb eines Krankenhauses beauftragt. Der Auftrag läuft bis 2019. Durch die libysche Revolution wurde der Bau unterbrochen. Die Kombination aus Bau und Betrieb von Krankenhäusern wird zunehmend nachgefragt, GIZ International Services kann auf Erfahrungen aus Äthiopien zurückgreifen.

Statistikberatung

AFGHANISTAN Finanziert durch die Weltbank, berät die GIZ das afghanische Statistikamt bei Capacity Development und Organisationsentwicklung. Afghanische Statistiken sind bisher lückenhaft und unzuverlässig, das Sammeln offizieller Daten ist eine Herausforderung. Mit den afghanischen Partnern setzt die GIZ auf die effiziente Gestaltung von Prozessen sowie den Dialog zwischen den Herausgebern und den Nutzern von Statistiken. Nationale Ministerien und internationale Geber profitieren von validen statistischen Informationen.

Regionalentwicklung

MAZEDONIEN Ein vom BMZ beauftragtes Programm zur regionalen und kommunalen Wirtschaftsförderung hat eine Kofinanzierung von der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit erhalten. Es kann dadurch ausgeweitet und verlängert werden. Das Programm unterstützt Mazedonien auf seinem Weg in die Europäische Union.

Afrika im Zentrum der re:publica

BERLIN Mit über 5.000 Teilnehmern ist die re:publica Europas größte Konferenz zum Thema Internet und Gesellschaft. Die GIZ organisierte dieses Jahr das erste globale Treffen von Innovationszentren im Rahmen der re:publica. Gut 30 sogenannte Innovation-Hubs aus Afrika, Asien und Südamerika kamen zur Global Innovation Lounge zusammen, um sich zu vernetzen und Erfahrungen auszutauschen. Innovation-Hubs spielen eine wichtige Rolle insbesondere in der rasant wachsenden Technologie- und Unternehmenszene Afrikas. In immer mehr Städten, von Kairo bis Daressalam, werden Hubs gegründet, um Anlaufpunkte für die lokale IT- und Kreativwirtschaft zu schaffen.



re:publica 2013, Berlin

www.re-publica.de



GIZ-Stand und Mitmachparcours auf der Konferenz „Women Deliver 2013“

Aids, Liebe, Sexualität

FRAUEN Die 2007 gegründete, international agierende Organisation Women Deliver fördert die Gesundheit von Frauen und Mädchen und will die Müttersterblichkeit verringern. Die Konferenz „Women Deliver 2013“ in Kuala Lumpur besuchten im Mai mehr als 4.500 Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft, der Vereinten Nationen, internationaler Organisationen und Medien. Darunter viele junge Menschen, die engagiert und hörbar die Debatten mitgestalteten. Die GIZ organisierte im Zuge des vom BMZ beauftragten Programms „Bevölkerungsdynamik, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte“ die Podiumsdiskussion sowie eine interaktive Ausstellung des Mitmachparcours zu Aids, Liebe und Sexualität. Das ursprünglich von

der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Deutschland entwickelte Parcourskonzept wurde von der GIZ in der Vergangenheit bereits in über 20 Länder übertragen und mit örtlichen Partnern an die kulturellen Gegebenheiten angepasst. Der Parcours setzt auf Interaktion und Spaß, um zu Erfahrungslernen und Verhaltensänderungen beizutragen sowie um moderne Methoden der Familienplanung bekannter zu machen und deren Akzeptanz zu erhöhen. „Sexualaufklärung sollte immer so viel Spaß machen!“, stand auf dem Klebezettel, den eine Besucherin am schwarzen Brett des Mitmachparcours hinterließ.

- ☞ www.wd2013.org
- ☞ <http://german-practice-collection.org>

Impulse für Frankfurter Unternehmen

KOOPERATIONSVEREINBARUNG Frankfurt am Main ist einer der Top-Standorte für Geschäftsaktivitäten in Europa. Im Juni unterschrieben Oberbürgermeister Peter Feldmann und Christoph Beier, stellvertretender Vorstandssprecher der GIZ, eine Kooperationsvereinbarung. Verabredet sind gemeinsame Aktivitäten zur internationalen Positionierung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes Frankfurt, die Vernetzung der jeweiligen Ko-

operationen mit Kammern und Unternehmen und die Umsetzung von gemeinsamen Investitions- und Kooperationsprojekten. Dies schließt auch Personalaustausch, Personalentwicklung und -qualifizierung sowie Fachkräftesicherung, internationale Dialogveranstaltungen mit der Wirtschaft, Internationalisierung der Wissenschaft und die Öffnung und Nutzung von Netzwerken und Kontakten ein.

Neue Märkte im Fokus

JAHRESPRESSEKONFERENZ „Die GIZ leistet heute mehr als die ‚klassische‘ Entwicklungszusammenarbeit – und unsere Leistungen werden nachgefragt“, sagte die GIZ-Vorstandssprecherin Tanja Gönner am 24. Juni in Berlin vor Medienvertretern.

Dies schlage sich auch in den Geschäftszahlen nieder, sagte Gönner mit Blick auf den neuen Unternehmensbericht. Mit einem Geschäftsvolumen von 2,1 Milliarden Euro erzielte die GIZ erneut ein Rekordergebnis. Hauptauftraggeber bleibt das BMZ mit einem Anteil von 77 Prozent. Rund 209 Millionen Euro kamen von anderen deutschen Bundes-



Hans-Jürgen Beerfeltz (BMZ) und Tanja Gönner (GIZ) bei der Jahrespressekonferenz

ministerien, vor allem aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesumweltministerium. 230 Millionen Euro stammen aus Aufträgen und Finanzierungen von Privatunternehmen, Stiftungen, multilateralen Organisationen und ausländischen Regierungen. Auch BMZ-Staatssekretär und GIZ-Aufsichtsratsvorsitzender Hans-Jürgen Beerfeltz freute sich über die positiven Entwicklungen: „Die GIZ besitzt ein einzigartiges Instrumentarium, das unterscheidet sie von jeder anderen Art des Consultings.“ Er verwies auch auf den neuen GIZ-Bericht zu Monitoring und Evaluierung, der ebenfalls in Berlin vorgestellt wurde. „Wirksamkeit ist messbar“, sagte Beerfeltz. „Und der Bericht bringt gute Ergebnisse.“

Die Besten der Welt

AUSGEZEICHNET Der georgische Webdesigner Ucha Gviniashvili hat bei den WorldSkills 2013 in Leipzig zwei Preise abgeräumt: den „Best of Nation Award“ für den besten Teilnehmer aus Georgien und die Exzellenzauszeichnung als einer der zehn besten unter 1.000 Mitstreitern. Gviniashvili war zuvor durch das Programm „Berufsbildung und Leadership-Training Südkaukasus“ gefördert worden, das die GIZ im Auftrag des BMZ betreut. Die Berufsbildungssysteme in Georgien, Armenien und Aserbaidschan sollen reformiert und modernisiert werden. An den Weltmeisterschaften der Berufe in Leipzig beteiligten sich die weltbesten Auszubildenden und Fachkräfte bis 22 Jahre. Gviniashvili setzte sich gegen Wettbewerber aus den USA, Deutschland und Russland durch.

GIZ-Niederlassung in den USA

NEUER STANDORT Ende Juni eröffnete die GIZ eine Niederlassung in Charlotte, North Carolina. Diese wird sich in den Bundesstaaten North und South Carolina an Ausschreibungen von US-amerikanischen Grants und Stiftungen beteiligen und soll Direktaufträge von Unternehmen akquirieren. Die GIZ will ihre jahrzehntelangen Erfahrungen in beruflicher Bildung vor allem mit und bei Community Colleges vermarkten, die ihre Ausbildungsgänge stärker auf die Bedürfnisse der Privatwirtschaft und des Arbeitsmarktes ausrichten möchten. Das Leistungsangebot soll zudem die Beratung zu überbetrieblicher Ausbildung in Unternehmen umfassen, ebenso Informationskampagnen, die eine Berufsausbildung als attraktive Karriereoption bewerben. Die Region um Charlotte spielt in den USA bei der beruflichen Bildung eine Vorreiterrolle.



NACHGEHALTEN

Wirkungen von
Projekten

AUSTAUSCHPROGRAMM FÜR JUNGE EXPERTEN

Mexikanische und deutsche Nachwuchskräfte profitieren

- **Projekt:** Deutsch-mexikanisches Stipendiatenprogramm Nachhaltiges Wirtschaften
- **Auftraggeber:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- **Laufzeit:** bis 2009

DAMALS Beinahe 30 Jahre lang förderte ein Austauschprogramm zwischen Mexiko und Deutschland die praxisorientierte Fortbildung junger Experten aus dem produzierenden Gewerbe auf dem Gebiet des nachhaltigen Wirtschaftens. Neben der individuellen Förderung der Stipendiaten und der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, in denen sie arbeiteten, verfolgte das Programm das Ziel, Innovation und Veränderungen in den Herkunftsunternehmen und Organisationen der Teilnehmer in Gang zu setzen.

HEUTE Eine Verbleibstudie für den mexikanischen Teil der über 700 Teilnehmer durch externe Evaluatoren ergab, dass der Deutschlandaufenthalt für 86 Prozent der Befragten zu einer Verbesserung der individuellen Arbeitsposition und zu einer Aufwertung im professionellen Umfeld geführt hat. Hierzu haben die in Deutschland erworbenen Fachkenntnisse und interkulturellen Kompetenzen sowie die deutschen Sprachkenntnisse beigetragen. Die Studie zeigt außerdem, dass die Alumni sehr aktiv Austausch untereinander sowie mit Interessengruppen und Organisationen außerhalb ihrer Unternehmen pflegen und ihr Wissen in die Gesellschaft tragen, unter anderem durch die Arbeit in Bildungseinrichtungen, an Universitäten und durch Engagement im Bereich Personalentwicklung, teilweise auch als Auftragnehmer oder Fachpartner der GIZ.

TRANSPARENZ IST PFLICHT

Die GIZ unterstützt das Transportministerium von Costa Rica bei der effizienten Abwicklung eines Kredits für Hunderte kleine Straßenbauprojekte.

Text Toni Keppeler

ETAT IM BLICK

PRIORITÄTEN SETZEN

BÜRGER
BETEILIGEN

Man kennt Costa Rica als tropisches Paradies mit Regen- und Nebelwäldern, aktiven Vulkanen und Stränden, an denen riesige Meeresschildkröten ihre Eier ablegen. Das zentralamerikanische Land ist schön und sicher, ein Hort der Stabilität in einer unruhigen Region. Der Staat hat in den vergangenen Jahrzehnten viel investiert in die Bildung seiner Bürger und ins Gesundheitswesen. Die Infrastruktur aber wurde stiefmütterlich behandelt: Es gibt kaum eine mehrspurige Autobahn, die meisten großen Verbindungsstraßen sind zweispurig und kurvig und man kommt nur langsam voran. Biegt man von ihnen ab, findet man nur mit etwas Glück geschotterte Pisten, meist aber ausgewaschene Erdwege. In der Trockenzeit liegen sie unter einer mehrere Zentimeter hohen Schicht aus

Staub, in der Regenzeit verwandeln sie sich in glitschige Schlammrinnen. Man passiert einspurige, morsche Brücken aus Holzplanken ohne Geländer und atmet auf, wenn man heil auf der anderen Seite angekommen ist. Was das Wegenetz angeht, ist Costa Rica allenfalls auf dem Niveau seiner viel ärmeren Nachbarländer: Im globalen Wettbewerbsindex des Weltwirtschaftsforums belegt Costa Ricas Straßeninfrastruktur sogar nur Platz 133 von 144 Ländern. Das soll in den kommenden Jahren besser werden. Das Land erhielt von der Interamerikanischen Entwicklungsbank einen Kredit über 200 Millionen US-Dollar zur Verbesserung des kommunalen Wegenetzes. Das hört sich nach viel an für ein kleines Land mit nur 4,3 Millionen Einwohnern. Doch das Geld wird aufgeteilt in Hunderte

PLANUNG UNTERSTÜTZEN

kleine Projekte: hier ein paar Kilometer asphaltierte Straße, dort ein Stück mit verdichtetem Schotter und da eine neue Brücke. Der Bedarf ist riesig, die Auswahl nicht einfach. Das Ministerium für öffentliche Bauten und Transport in der Hauptstadt San José muss sich abstimmen mit 89 Gemeindeverwaltungen, denen wiederum Hunderte von Nachbarschaftskomitees mit Forderungen im Nacken sitzen. Ein gigantischer Planungs- und Organisationsaufwand!

Hohe Umwelt- und Sozialstandards

„Aber auch der Druck der Entwicklungsbank auf das Ministerium ist erheblich“, sagt Katja Kammerer, Projektmanagerin von GIZ International Services für Lateinamerika und die Karibik. Die Bank ist anspruchsvoll, was Umwelt- und Sozialstandards angeht, und sie legt Wert auf eine transparente und zügige Abwicklung der Kredite. Costa Rica suchte Hilfe und fand sie bei der GIZ. Die costa-ricanischen Straßenbauer hatten bereits Erfahrungen mit deren Beratern aus einem Projekt, bei dem die deutsche KfW zwischen 2004 und 2010 mit einem Kredit den Bau von über 1.100 Kilometern ländlicher Straßen finanziert hatte. Dem vorangegangen waren in den 90er Jahren vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierte Beratungsprojekte im Verkehrs- und Infrastrukturbereich. Diesmal wurde die GIZ als direkter Vertragspartner und ohne Finanzierung aus Deutschland ins Boot geholt.

Costa Rica gilt inzwischen als Land mit mittlerem Einkommen – zu reich, um als Partner für von Deutschland finanzierte Entwicklungsprojekte infrage zu kommen. „Aber es gibt noch immer Beratungsbedarf“, sagt Kammerer. Vor allem bei so komplexen Projekten wie dem Straßenbaukredit der Inter-

» INTERVIEW

Vertrauen schaffen



Pedro Luis Castro, Transportminister
von Costa Rica

Herr Minister, Sie haben zur Abwicklung eines 200-Millionen-Dollar-Kredits der Interamerikanischen Entwicklungsbank für die Verbesserung des kommunalen Straßennetzes Beratung gesucht. Warum haben Sie sich für die GIZ entschieden?

Wir arbeiten schon seit vielen Jahren mit der GIZ zusammen und haben immer gute Erfahrungen gemacht. Sie schickt uns Experten mit sehr viel Wissen und Erfahrung. Das ist anderweitig nur schwer zu finden. Ein von der KfW finanziertes Projekt, bei dem es um die Verbesserung von über 1.000 Kilometern kommunaler Straßen ging, wurde mit Hilfe von Beratern der GIZ bereits 2010 erfolgreich abgeschlossen.

Es geht in diesem Projekt nicht nur um den Bau von Straßen, es geht auch um die Beteiligung der Bürgermeisterämter und der Bevölkerung. Welche Rolle spielen da die Berater der GIZ?

Für Costa Rica ist Dezentralisierung ein wichtiges Thema. Seit ein paar Jahren bekommen die Bürgermeisterämter mehr Geld, haben aber auch mehr Verantwortung. Um die wahrnehmen zu können, brauchen sie Fortbildung, und die bekommen sie in diesem Projekt. Die Berater

kennen die Bürgermeister und die Leute auf dem Land. Das ist sehr nützlich, auch für uns hier im Ministerium.

Ein komplexes Projekt also, bei dem viele Beteiligte mit den unterschiedlichsten Interessen mitreden dürfen. Kann so etwas reibungslos ablaufen?

Die Deutschen haben Erfahrung mit Dezentralisierung und Bürgerbeteiligung. Schon in Vorgängerprojekten haben sie uns geholfen, neue Standards zu schaffen. Von allen Projekten, die wir gemeinsam mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank haben, macht uns dieser Straßenbaukredit am wenigsten Probleme.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank gilt als sehr anspruchsvoll, nicht nur, was Umwelt- und Sozialstandards angeht. Sie legt auch Wert auf zügige und transparente Abwicklung der gegebenen Kredite.

Das ist richtig. Aber auch das kennt die GIZ. Für uns ist das ein großer Vorteil: Die GIZ ist als öffentliches Unternehmen zur Transparenz verpflichtet. Das schafft Vertrauen beim Kreditgeber, aber auch bei unserer Bevölkerung.

Interview: Toni Keppeler

INGENIEURE VOR ORT

RECHENSCHAFT ABLEGEN

amerikanischen Entwicklungsbank. Die örtlichen Medien beobachten das Transportministerium und sein Tun mit Argusaugen, absolute Transparenz ist Pflicht: Die GIZ liefert alle zwei Wochen einen Bericht über den Fortgang der Arbeiten an den costa-ricanischen Auftraggeber und an die Entwicklungsbank. Transportminister Pedro Luis Castro schätzt die Unterstützung: „Als international agierende Entwicklungsagentur hat die GIZ eine hohe Glaubwürdigkeit.“

Das GIZ-Team aus neun Ingenieuren, einer Soziologin und dem Verwaltungspersonal arbeitet Tür an Tür mit dem Auftraggeber: Seine kleinen Büros sind im verwinkelten Gebäude des Transportministeriums in San José untergebracht. Wenn man sich nicht ohnehin bei Sitzungen trifft, begegnet man sich auf den Gängen und kann nebenbei schnell Absprachen treffen. Die Ingenieure sind aber auch oft genug draußen vor Ort. Das mache den Charme des Projekts aus, sagt Eduardo Barquero, Leiter des GIZ-Teams im Ministerium. „Jeder Kilometer Straße, jede Brücke hat ihren eigenen Charakter: Sie löst ganz konkrete Probleme der Anwohner.“ Es sind diese Anwohner, die Druck machen auf die Bürgermeisterämter. „Ich habe alle Nachbarn im Bus zu einer Gemeinderatssitzung gebracht“, erzählt Ana Iris Ramírez, Vorsitzende eines Nachbarschaftskomitees an der Straße Valverde in dem Städtchen San Ramón. Der Weg aus verdichteter Erde schlängelt sich aus der Stadt hinaus zu einem Schotterwerk, noch weiter draußen gibt es Hühnerfarmen und Kaffeeplantagen. Rund 4.000 Menschen wohnen entlang dieser Straße. In der Trockenzeit werden sie von den Schotterlastern eingestaubt. „Viele leiden unter Asthma“, weiß Ramírez. Seit 2008 verlangen die Anwohner eine Asphaltierung. Die Bürgermeisterin lehnte stets ab mit dem Argu-

MANAGEMENT VON INFRASTRUKTURPROJEKTEN

Die GIZ berät Auftraggeber und Partner bei der transparenten Abwicklung größerer, von Entwicklungsbanken bereitgestellter Kredite im Bereich Infrastruktur. Sie kann dabei als Treuhänder oder Fondsmanager im Auftrag von Regierungen oder Gebern agieren, damit alle Gelder schnell und effizient unter Einhaltung internationaler Standards eingesetzt werden.

Weitere Informationen unter

www.giz.de > Leistungen > Produkte > Managementdienstleistungen

ment: kein Etat. „Man muss einen langen Atem haben und ein bisschen aufsässig sein“, sagt Ramírez. Die Straße Valverde wird nun mit Mitteln aus dem Kredit verbreitert und asphaltiert. Die Bauarbeiten haben bereits begonnen, Ramírez hat ein wachsames Auge darauf. „Wenn es nicht vorangeht oder mir etwas seltsam vorkommt, dann rufe ich Hazel an.“

Hazel Cisar ist Sozialarbeiterin in der Baubehörde der Gemeinde. Wenn Cisar einen Rat braucht, ruft sie Auxiliadora Cascante an, die Soziologin des GIZ-Teams im Ministerium. Cascante führt passgenaue Fortbildungen für die Sozialarbeiter der Gemeinden durch und berät sie in allen Fragen der Bürgerbeteiligung. Cisar sagt, den Nachbarn könne es gar nicht schnell genug gehen. „Ich muss eher zu große Erwar-

NACHHALTIGKEIT GEWÄHRLEISTEN

CAPACITY DEVELOPMENT

UMWELTBELANGE BERÜCKSICHTIGEN

ZEITPLÄNE EINHALTEN

tungen ein bisschen dämpfen und darauf hinweisen, dass es Regeln gibt, die man einhalten muss.“ Zum Beispiel die Mithilfe der Anwohner. Costa Rica – das ist eine Bedingung des Kredits – muss 25 Prozent eigene Mittel in die Baumaßnahmen einbringen. Materialien von der Gemeinde und Mitarbeit der Anwohner auf dem Bau gehören zu diesem Eigenanteil.

Die Anwohner sind engagiert dabei

Cristian Rodríguez, Sozialarbeiter in der Gemeinde Sarapiquí, ist von Haus zu Haus gegangen, um die Anwohner zu überzeugen. Denn etliche mussten für die Verbreiterung ein Stückchen ihres Grundstücks abgeben. Und weil die Gemeinde zugleich stärkere Wasserleitungen verlegt, müssen sie in Zukunft ein bisschen mehr für ihr Trinkwasser bezahlen. Rodríguez' Einsatz hat sich gelohnt: Wenn es darum geht, den Straßenrand zu säubern oder Wasserleitungen zu verlegen, ist immer ein Dutzend Anwohner mit dabei. Alfredo Cordero, Bürgermeister der Nachbargemeinde San Carlos, lobt das Projekt. „Es ist modellhaft für Costa Rica. Es zwingt uns zur Ordnung, wir lernen, richtig zu planen.“ Seine Kollegin Maureen Fallas aus Desamparados ergänzt: „Unser Land ist sehr bürokratisch.“ Um die Bedingungen und Zeitpläne internationaler Kreditgeber zu erfüllen, brauche man Hilfe. „Beim nächsten Mal können wir es dann vielleicht alleine.“ Regierungen und Kommunalverwaltungen in Ländern wie Costa Rica konzentrierten sich bei öffentlichen Bauarbeiten auf die Ausführung der Projekte, erläutert GIZ-Teamleiter Barquero. „Planung und Organisation kommen meist zu kurz.“ Planung, die Berücksichtigung der Bevölkerung und der Umwelt sowie Transparenz

in der Rechenschaftslegung gehören zu den Stärken der GIZ, und genau das verlangen Kreditgeber wie die Interamerikanische Entwicklungsbank. „Für unsere Partner ist das ein ständiges Training auf Augenhöhe“, sagt Katja Kammerer. Die GIZ-Ingenieure arbeiten Schulter an Schulter mit den Verantwortlichen im Ministerium und auf der Gemeindeebene, ohne Entscheidungen zu beeinflussen oder gar vorwegzunehmen. Dabei steht das Capacity Development im Vordergrund, denn nur so kann die Nachhaltigkeit von staatlichen Großinvestitionen gewährleistet werden. Dieser Service werde von Ländern,

die für öffentlich finanzierte Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr infrage kommen, immer häufiger in Anspruch genommen. Zum Beispiel in Costa Ricas südlichem Nachbarland Panama: Dort hilft die GIZ dem Handelsministerium bei der Abwicklung eines 100-Millionen-Dollar-Kredits für kleine und mittlere Unternehmen. ■

› ANSPRECHPARTNERIN

Katja Kammerer › katja.kammerer@giz.de

› AUF EINEN BLICK

Die Infrastruktur verbessern

Projekt: Beratung der Regierung von Costa Rica bei der Erneuerung und Unterhaltung der Straßen- und Wegenetze

Auftraggeber: Ministerium für öffentliche Bauten und Transport von Costa Rica, unterstützt von der Interamerikanischen Entwicklungsbank

Laufzeit: 2011 bis 2016

Costa Rica hat in den letzten Jahrzehnten ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum erlebt und sein Wegenetz erneuert und ausgebaut. Damit auch die Bevölkerung in Regionen, in denen die Anbindung immer noch mangelhaft ist, an der Wirtschaftsentwicklung teilhaben kann, fördert die Regierung weiterhin öffentliche und private Investitionen ins Straßennetz. Die Interamerikanische Entwicklungsbank finanziert dies mit insgesamt 850 Millionen US-Dollar.

200 Millionen US-Dollar davon sind Kredite, mit denen 1.500 Kilometer ländlicher Wege erneuert werden. Bedingung für die Vergabe ist, dass Planung, Bau, Betrieb und Unterhalt der Wege nach einem transparenten Konzept und unter Beteiligung der Bevölkerung vonstatten gehen. Die GIZ berät die Regierung bei der Erfüllung dieser Bedingung.

Vorgängerprojekte im Bereich Verkehrs- und Infrastruktur wurden bereits seit über 20 Jahren mit deutschen Mitteln von der GTZ durchgeführt oder über die KfW finanziert. Den heutigen Beratungsbedarf kann Costa Rica inzwischen selbst finanzieren.



PELIGRO CAMPO
MINADO
DANGER MINE FIELD
GEFAHR MINENFELD





SICHERHEIT

THEMEN DIESES
SCHWERPUNKTS

IM FOKUS: Hauptsache Sicherheit – nachhaltige Entwicklung braucht sichere Rahmenbedingungen.

IM INTERVIEW: So wirkt „vernetzte Sicherheit“ in Afghanistan.

IM ÜBERBLICK: Projekte aus der Arbeit der GIZ

IN ZAHLEN: Sicherheit international

Hauptsache Sicherheit

Weltweit müssen Ursachen von Konflikten, Fragilität und Gewalt überwunden und die Fähigkeit der Menschen zum gewaltfreien Umgang mit Konflikten verbessert werden. Dies schafft Sicherheit und damit die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung.

Text Hauke Friederichs **Illustrationen** Sabine Schiemann

Auf der Wunschliste der meisten Menschen steht Sicherheit ganz weit oben. Sicher sollen Kinder in die Schule kommen. Sicher soll das Geld auf der Bank liegen. Sicher soll der Arbeitsplatz sein, die Innenstädte, das eigene Auto und die Wohnung, damit Einbrecher draußen bleiben. Sicherheit genießt nicht nur im Privaten höchste Priorität. Auch in der Politik hat das Thema auf nationaler und internationaler Bühne in den vergangenen Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Der Begriff wird dabei immer breiter ausgelegt. Sicherheit spielt heutzutage häufig eine Rolle, wenn Staatschefs sich zu Konferenzen treffen. Um die Sicherheit des Internets geht es, wenn die Verteidigungsminister der NATO über die Abwehr von Cyberangriffen diskutieren. Um die Sicherheit des Flugverkehrs, wenn Russland und die EU darüber streiten, welche persönlichen Daten Reisende preisgeben müssen. Um Energiesicherheit, wenn Aserbaidschan von westeuropäischen Staaten langfristig als Gaslieferant gewonnen wird, um die Sicherheit im Nahen Osten, wenn Staatschefs darüber diskutieren, ob syrische Rebellen mit Kleinwaffen ausgerüstet werden. Und um die globale Sicherheit, wenn Nordkorea den Vereinigten Staaten anbietet, über nukleare Abrüstung zu verhandeln.

Ob Lebensmittelsicherheit, Reaktorsicherheit, Anlagensicherheit oder innere Sicherheit – der Begriff ist all-

gegenwärtig. Und doch gibt es keine allgemeingültige Definition von Sicherheit, die weltweit akzeptiert wird. Der Duden umschreibt den Begriff als „Zustand des Sichereins, Geschütztseins vor Gefahr oder Schaden; höchstmögliches Freisein von Gefährdungen“. Doch lassen sich Aussagen zur individuellen Sicherheit auch auf die Gesellschaft übertragen? Und was bedeutet der Begriff für die Politik? Das Politik-Lexikon von 2011 definiert Sicherheitspolitik als „alle Maßnahmen, die geeignet sind, Konflikte zwischen Bürgern bzw. zwischen Staaten zu verhindern, und die der Schaffung bzw. dem Schutz der Unversehrtheit von Personen und Sachen bzw. der staatlichen Unverletzlichkeit dienen“. Eine umfassende Definition. Längst geht es bei Sicherheit nicht mehr nur um Polizei, Geheimdienste und Militär.

Wandelbarer Sicherheitsbegriff

Regierungen, auch die deutsche, und die internationale Gemeinschaft halten sich mit Definitionen von Sicherheit zurück – zu wandelbar zeigte sich der Begriff in den vergangenen Jahrzehnten. Im Kampf gegen den Terror veränderte und erweiterte sich die Sicherheitsdefinition. Auch Militärstrategen sagen heute, dass sie die Köpfe und Herzen der Menschen bei Einsätzen in Konfliktgebieten gewinnen müssen, wenn sie langfristig erfolgreich sein wollen. Dieser »



HUB LALAMIA
GELI KARO GU



„In das Gebäude dürfen keine Waffen mitgenommen werden“, steht an dieser Hauswand in Somalia. Wie hier sind gewaltfreie Konfliktlösungen in vielen Teilen der Welt keine Selbstverständlichkeit.

Denkansatz wurde längere Zeit insbesondere von deutscher Seite vertreten, hat sich aber international durchgesetzt. Bereits 1990, mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Aufreißen des Eisernen Vorhangs, hatte der Sicherheitsbegriff eine Erweiterung erfahren. Die nukleare Abschreckung, die in vielen Sicherheitskonzepten vorher eine zentrale Rolle gespielt hatte und verhindern sollte, dass aus dem Kalten Krieg

„Eine Gesellschaft, die ihre Freiheit zugunsten der Sicherheit opfert, hat beides nicht verdient.“

Benjamin Franklin (1706–1790), nordamerikanischer Naturwissenschaftler und Staatsmann

ein heißer Konflikt wurde, hatte weitestgehend ausgedient. Der Konflikt zwischen Westen und Osten endete ohne den befürchteten großen Krieg. Doch die Friedensdividende, auf die Politiker, Wissenschaftler, Friedensaktivisten und viele Menschen in Krisengebieten nach dem Ende des Kalten Krieges gehofft hatten, blieb aus. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde die Welt nicht sicherer, im Gegenteil. Zwar sank die Zahl der zwischenstaatlichen Kriege, dafür gibt es zunehmend mehr Bürgerkriege, die wie in Afghanistan und Somalia mit internationaler Beteiligung stattfinden. Neue Kriege werden sie in der Wissenschaft genannt. Häufig folgt in Konfliktländern nach einer kurzen Phase ohne Kämpfe die nächste bewaffnete Auseinandersetzung. Nachkriegsländer weisen ein Risiko von etwa 40 Prozent auf, innerhalb eines Jahrzehnts erneut in eine Bürgerkriegssituation zu geraten.

Kaum eine Nachrichtensendung im Fernsehen vergeht, ohne dass fliehende Menschen, schießende Kämpfer, verwundete Zivilisten oder vorrückende Soldaten zu sehen sind. Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg zählte 2012 weltweit 34 Kriege und bewaffnete Konflikte. Sie bedrohen die Existenz von Millionen Menschen weltweit. Viele dieser Konflikte bestehen seit Jahrzehnten. Der Staat hat in manchen Regionen seines Gebietes oder im ganzen Land sein Gewaltmonopol eingebüßt. Die Macht kommt oft aus Gewehrläufen.

Von Sicherheit kann ein Großteil der Weltbevölkerung nur träumen: Allein 1,5 Milliarden Menschen leben in Kri-

senstaaten. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stuft 47 Staaten als fragil ein. Sie sind besonders anfällig für interne und externe Krisen wie Wirtschaftsprobleme oder Naturkatastrophen. Zu solchen fragilen Krisenstaaten zählen Afghanistan, die Demokratische Republik Kongo, Haiti und Somalia. Heute gelten schwache und zerfallende Staaten als eines der größten internationalen Sicherheitsprobleme. Aktuelle Strategien der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union räumen ihnen entsprechend hohe Aufmerksamkeit ein. Denn in solchen Ländern entstehen leicht Rückzugsräume für Terrorgruppen oder Zentren der internationalen organisierten Kriminalität. Schwache und zerfallende Staaten gefährden die Sicherheit einzelner Menschen, anderer Nationen und ganzer Regionen.

Auch die deutsche Bundesregierung hat fragile Staaten als eine Hauptgefährdung der internationalen Sicherheit ausgemacht. Mit einem vernetzten Ansatz in der Außen- und Sicherheitspolitik will Deutschland helfen, fragile Staaten zu stabilisieren. So berufen bei Krisen in bestimmten Staaten die Bundesministerien, die mit Sicherheitsfragen zu tun haben, Arbeitsstäbe ein, die rasches ressortabgestimmtes Handeln erlauben. Zuletzt wurden solche Arbeitsstäbe zur Lage im Sudan, in Syrien und in der Sahelzone gebildet.

Die neue Leitlinie „Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten“ regelt die Zusammenarbeit. Sie wurde von Außenminister Guido Westerwelle, Verteidigungsminister Thomas de Maizière und Entwicklungsminister Dirk Niebel am 19. September 2012 in Berlin vorgestellt. Darin heißt es: „Wo Gesetzlosigkeit zur Norm wird, sind Tür und Tor geöffnet für illegalen Handel mit Menschen, Waffen und Drogen. Auch der internationale Terrorismus findet leichte Rückzugsräume.“ Das primäre Ziel sei, gewaltsame Konflikte im Vorfeld ihres Entstehens zu verhindern, sagen die drei Bundesminister. „Jahrzehntelange Erfahrung des internationalen Krisenmanagements bestätigt den untrennbaren Zusammenhang von Sicherheit und Entwicklung.“

Ursachen von Konflikten überwinden

So weisen fragile Staaten nicht nur Sicherheitsprobleme auf, sie sind zudem stark unterentwickelt und erreichen die Millenniumsziele der Vereinten Nationen nicht. Ihre Bewohner sind mehr als doppelt so häufig unterernährt wie Menschen in anderen Entwicklungsländern, und mehr als dreimal so viele Kinder gehen dort nicht in die Schule. Ohne Frieden ist Entwicklung kaum möglich.

Weltweit finanziert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) »

VERNETZUNG BEWÄHRT SICH



Dr. Philipp Ackermann, Leiter Arbeitsstab Afghanistan/Pakistan und Stellvertreter des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan

„Vernetzte Sicherheit“ ist das Konzept der deutschen Sicherheitspolitik. Wie bewährt es sich in Afghanistan? Welche Ressorts, Behörden und Institutionen arbeiten zusammen? Das Konzept bewährt sich in Afghanistan zunehmend. Alle Bundesressorts haben einen nicht einfachen, aber sehr wertvollen Lernprozess durchgemacht. Dies kann ich als ehemaliger ziviler Leiter des Provincial Reconstruction Team Kundus versichern. Anfangs hakte es bei der Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Akteuren noch an manchen Stellen, mittlerweile funktioniert die ressortübergreifende Zusammenarbeit vor Ort immer reibungsloser, genauso die Zusammenarbeit mit Entwicklungsorganisationen wie der GIZ. Im Arbeitsstab arbeiten wir vor allem sehr eng mit dem Bundesverteidigungsministerium, dem Innenministerium und dem BMZ zusammen. Neben einer monatlichen Afghanistan-Runde auf

Staatssekretärebene stehen meine Mitarbeiter und ich in täglichem Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ministerien.

Welche besonderen Aufgaben nimmt der Arbeitsstab Afghanistan/Pakistan des Auswärtigen Amtes wahr?

Der Arbeitsstab ist eines der größten politischen Referate des Auswärtigen Amtes und direkt der Leitung des Hauses zugeordnet. Dort unterstützen wir den Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Botschafter Dr. Koch. Der Arbeitsstab ist auch für die Gestaltung der bilateralen und multilateralen Außenpolitik gegenüber Afghanistan und Pakistan zuständig. Mit den Mitteln aus dem Stabilitätspakt Afghanistan verfügen wir über das größte bilaterale Projektbudget im Haus. Einen großen Teil dieser Mittel setzen wir mit Hilfe der GIZ um. Besonders ist auch die interdisziplinäre Zusammensetzung meines Teams. Neben Austauschdiplomaten aus den USA und Frankreich und einem Verbindungsbeamten des Verteidigungsministeriums haben wir in unserem Referat auch jeweils einen Vertreter der GIZ und der KfW. Die Leitung des Arbeitsstabs ist definitiv eine der spannendsten und forderndsten Aufgaben meiner bisherigen Laufbahn.

Sicherheit ist die Bedingung dafür, dass die Menschen in Afghanistan die Legitimität der Regierung anerkennen. Seit 2008 ist die GIZ im Auftrag des Auswärtigen Amtes im Programm „Polizeiaufbau Afghanistan“ aktiv. 2014 sollen afghanische Sicherheitskräfte sich ohne internationale Hilfe um die Sicherheit kümmern. Wie fällt Ihr Resümee aus?

Die afghanischen Sicherheitskräfte sind besser, als es viele deutsche Medien darstellen.

Sie arbeiten professionell – in Kabul, aber auch in den Provinzen. Dies ist eine außerordentliche Leistung, denn die afghanischen Sicherheitskräfte werden erst seit wenigen Jahren systematisch aufgebaut. Gerade die Polizei hat große Fortschritte gemacht. Mit unserem Engagement beim Polizeiaufbau haben wir hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet, insbesondere zur Verbesserung der Aus- und Fortbildung in Kabul und im Norden. Seit Juni 2013 sind die afghanischen Sicherheitskräfte landesweit für die Sicherheit zuständig. Die ISAF unterstützt sie dabei. Der bisherige Verlauf der Übernahme der Sicherheitsverantwortung macht mich zuversichtlich, dass die Sicherheitskräfte Ende 2014 in der Lage sein werden, aus eigener Kraft die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Gleichzeitig ist mir sehr bewusst, dass die Sicherheitslage in Afghanistan schwierig ist und auch in Zukunft nicht einfacher werden dürfte. Europäische Standards können wir noch lange nicht anwenden.

Wie sieht die deutsche Unterstützung für Afghanistan nach 2014 aus?

Die Bundesregierung wird ihr ziviles Engagement auch nach 2014 im gleichen Umfang fortsetzen. Voraussetzung sind substanzielle Reformschritte der afghanischen Regierung. Deutschland hat seine aktuelle Mittelzusage von bis zu 430 Millionen Euro pro Jahr auf der Tokio-Konferenz 2012 bis 2016 verstetigt. 180 Millionen Euro davon kommen aus dem Stabilitätspakt Afghanistan des Auswärtigen Amtes. Die Bundesregierung hat auch angeboten, 600 bis 800 deutsche Soldaten im Rahmen der ISAF-Folgemission „Resolute Support“ nach 2014 in Afghanistan zu stationieren.

Interview: akzente



Eine fundierte Ausbildung hilft Polizisten, hier in Liberia, im Berufsalltag auf der Grundlage der Gesetze richtig und angemessen zu handeln.

unterschiedlichste Projekte, die helfen sollen, Ursachen von Konflikten, Fragilität und Gewalt zu überwinden, Fähigkeiten zum gewaltfreien Umgang mit Konflikten zu verbessern und Rahmenbedingungen für eine friedliche Entwicklung zu schaffen. In Angola wurden ehemalige Kämpfer zu Wildhütern umgeschult. In Liberia wurden Schulen, Wasserleitungen, Straßen und Brücken wiederaufgebaut, damit die Menschen im ehemaligen Kriegsgebiet wieder in Frieden leben können. In Bolivien fördert das BMZ Programme, die Streit um Land friedlich beilegen sollen.

Das Auswärtige Amt ist ebenso zunehmend im Bereich Sicherheit aktiv. Das Außenministerium unterstützt die Polizei- und Justizausbildung in Afghanistan, Pakistan und 16 Staaten der Afrikanischen Union.

Sicherheit wird damit auch für die GIZ neben den klassischen Themenfeldern wie ländliche Entwicklung, Umwelt, Gesundheit, gute Regierungsführung oder Bildung immer wichtiger. Gerade in unmittelbaren Nachkriegssituationen verhindert direkte Hilfe oftmals das er-

neute Abgleiten in Gewaltkonflikte. Dabei geht es nicht nur um Vorsorgemaßnahmen, Nothilfe und Wiederaufbauprogramme. Schnelle Hilfe soll mit langfristiger Perspektive verbunden werden.

Für Menschen, die in fragilen Staaten leben, ist Sicherheit ein hohes Gut. Wer sich mit Menschen in solchen Krisenstaaten unterhält, merkt meist schnell, dass der Hauptwunsch überall der gleiche ist: Die Menschen hoffen auf Sicherheit und Frieden. Das gilt auch für die Menschen in Afghanistan und der Demokratischen Republik Kongo, wo die GIZ für verschiedene Auftraggeber im Bereich Sicherheit aktiv ist.

Verantwortung übergeben

Vor einer Polizeiwache in der Provinz Badakhshan, ganz in der Nähe der Stadt Faizabad, stehen zwei mit Sturmgewehren bewaffnete Beamte Wache. In dem Gebäude empfängt der Distriktkommandeur der Polizei Gäste zum Tee. Er »

AUS DER ARBEIT DER GIZ > SICHERHEIT

Konflikte verhindern



Projekt: Expertenpool für die African Peace Facility der EU
Auftraggeber: Europäische Kommission
Laufzeit: seit 2012

AFRIKA 2004 hat die Europäische Union eine African Peace Facility eingerichtet, um ihre gemeinsam mit der Afrikanischen Union verabschiedete Afrika-Strategie praktisch umzusetzen und afrikanische Friedensmissionen zu finanzieren. Seither hat die EU eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen zur Konfliktprävention, Stabilisierung sowie zur Koordinierung der zwischenstaatlichen Abstimmungen mit über einer Milliarde Euro finanziert. Seit 2012 betreut die GIZ im Auftrag der Europäischen Kommission die Auswahl, Vorbereitung und Qualifizierung sowie die Entsendung von Experten, die in Projekten der African Peace Facility eingesetzt werden.

Bürgernahe Polizei

Projekt: Stärkung der Funktionsfähigkeit der Polizei
Auftraggeber: Auswärtiges Amt
Laufzeit: 2008 bis 2015

BURUNDI Nach zwölf Jahren Bürgerkrieg befindet sich Burundi in einer Phase der Friedenskonsolidierung. Seit dem Friedensabkommen von Arusha hat sich die Sicherheitssituation verbessert. Vor allem in den Grenzgebieten gibt es aber noch Probleme mit bewaffneten Gruppen.

2004 wurden verschiedene Sicherheitsorganisationen zu einer nationalen Polizei vereint und ehemalige Kombattanten eingegliedert. Die GIZ berät im Auftrag des Auswärtigen Amtes bei deren besserer Integration sowie bei der Verschlinkung und Professionalisierung des Polizeiapparats mit dem übergeordneten Ziel einer größeren Bürgernähe. Die Arbeit in Burundi ist Teil eines Gesamtprogramms, das auch weitere afrikanische Länder umfasst. Es ist mit den Vereinten Nationen und den jeweiligen EU- oder UN-Polizeimissionen abgestimmt. Schwerpunkt ist die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei, lokalen Verwaltungsstrukturen und der Zivilgesellschaft.

berichtet gut gelaunt über die Sicherheitslage in seinem Distrikt und die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den Deutschen. Badakhshan, im Nordosten gelegen, gilt als eine der sichersten Provinzen in ganz Afghanistan. Die Taliban konnten sich hier nie durchsetzen. Aufständische und Terroristen sind hier nur schwach vertreten.

„Sicherheit gewinnt man nicht, indem man Zäune aufrichtet, Sicherheit gewinnt man, indem man Türen öffnet.“

Urho Kekkonen, von 1956 bis 1981 Staatspräsident Finnlands

Die Übergabe der Sicherheitsverantwortung von den ISAF-Staaten an die Afghanen läuft auf Hochtouren. Im Oktober 2012 hat Deutschland die Gebäude seines Regionalen Wiederaufbauteams Badakhshan an die Afghanen übergeben. Das Team, das aus Soldaten der Bundeswehr, Diplomaten des Auswärtigen Amtes und Vertretern des BMZ gebildet wurde, hat seine Arbeit eingestellt. Nun sind die afghanischen Sicherheitskräfte eigenständig für die Region verantwortlich. Ihr Training läuft jedoch weiter.

Die polizeispezifische Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte übernehmen europäische Polizisten. Für allgemeinbildende Schulungen einschließlich der dafür benötigten Unterrichtsräume sorgt die GIZ. Sie hat im Auftrag des Auswärtigen Amtes Alphabetisierungsprogramme für Polizisten entwickelt und einheimische Firmen beauftragt, Ausbildungszentren zu bauen. Und sie hat bei den Ausschreibungen für den Bau von Dienstgebäuden durch einheimische Unternehmen beraten.

Unter anderem erhielten die Bereitschafts- und die Verkehrspolizei in Kabul ein Hauptquartier, die Grenzpolizei bekam eine Dienststelle am Flughafen Kabul. Und für die Polizei in Faizabad wurde ein Provinz-Hauptquartier errichtet. Ausbildungszentren entstanden zudem in Kabul, Kunduz, Mazar-e Sharif und Faizabad. „Die GIZ arbeitet eng mit der europäischen sowie der deutschen Polizeimission und den afghanischen Partnern zusammen“, sagt Inga Niere, Afghanistan-Expertin der GIZ. Es sei wichtig, dass die lokalen Polizeikommandeure die Weiterbildung ihrer Untergebenen unter-

stützen. Sie müssten den Nutzen der Programme für ihre Einheiten erkennen, sagt Niere. Daher bringen einheimische Ausbilder afghanischen Polizisten in der „nachholenden Grundbildung“ unter anderem auch Lesen und Schreiben bei. Noch sind rund 70 Prozent der Polizisten Analphabeten.

In allen 114 Distrikten in den neun Nordprovinzen wird nun daran gearbeitet, dass die Analphabetenrate unter den Polizisten sinkt. Mancher Lehrer ist zwei Tage unterwegs, bevor er auf seine Schüler oder auch Schülerinnen trifft. Denn gerade bei der Bereitschaftspolizei gibt es mit um die zwei Prozent einen kleinen, für die ländlichen Gebiete aber dennoch bemerkenswerten Anteil von Frauen. 27.000 Polizisten wurden bis April 2013 geschult. Die Alphabetisierungskurse sind ein wichtiger Teil der kurzen Grundausbildung der Polizisten, die meist nur sechs Wochen beträgt. Die Teilnehmer lernen außerdem, selbstständig zu recherchieren, und auch Rechtsstaatlichkeit wird zum Thema gemacht. Zudem bekommen die Polizisten Karrieremöglichkeiten innerhalb des Sicherheitsapparates aufgezeigt.

Nicht nur für die Alphabetisierungskurse wurden eigene Materialien für die Polizisten ausgearbeitet, es gibt noch weitere Ausbildungshandbücher – etwa für den Umgang mit häuslicher Gewalt. Ansonsten hätte man nur auf Bücher für Grundschüler zurückgreifen können. „Mit Lehrmaterial für Kinder kommen wir bei den Polizisten nicht weiter“, sagt Inga Niere. „Die Männer wollen ernst genommen werden. Wenn sie merken, wie stark sie vom Training profitieren, dann sind sie mit Engagement dabei.“ So erzählte einer der Teilnehmer den Ausbildern zum Ende des Seminars, dass sein Chef ihn befördert hätte, nachdem er schriftliche Berichte abgeben konnte.

Nur wenn die Polizei für Sicherheit sorgen kann, werden die Bürger dem Staat vertrauen. Noch gilt in Afghanistan oft das Recht des Stärkeren, das Gewaltmonopol des Staates ist nicht überall durchgesetzt. Bis 2014 soll die Polizei in der Lage sein, sich ohne internationale Unterstützung um die innere Sicherheit des ganzen Landes zu kümmern.

Fernsehserie zeigt Lösungen

Um das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu erhöhen, bringt die GIZ Vertreter von Nachbarschaftsgruppen, Älteste, Bürgervertreter und Polizisten zusammen. In mehr als 20 Distrikten wurden solche Projekte begonnen, die im Fachjargon als „Community Policing“ bezeichnet werden. Ziel ist, die Sicherheitslage zu verbessern und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Anders als bisher müssen »



Landminen und andere nicht geräumte Kampfmit- tel töten jährlich Zehntau- sende von Menschen. Die fachgerechte Entsorgung, hier in Kambodscha, verlangt viel Know-how.



Grenzkonflikte sorgen für Unsicherheit und führen nicht selten zu langjährigen Auseinandersetzungen. Eine klare Grenzdemarkierung schafft hier Abhilfe.

die Uniformierten von der Bevölkerung als Teil der Lösung von Sicherheitsproblemen verstanden werden, nicht als deren Ursache. Den Ruf der Sicherheitskräfte soll auch „Kommissar Amanullah“ verbessern helfen, eine TV-Krimiserie. Die Zuschauer werden spannend unterhalten und erfahren nebenbei, wie eine moderne Polizei ihre Fälle löst. Die Fernsehserie wird seit Ende 2011 vom Auswärtigen Amt unterstützt. Der „afghanische Tatort“ wird in Kabul gedreht. Die afghanische Direktorin der Produktionsgesellschaft ist selbst Polizistin und übernimmt eine Rolle als Kommissarin. Im Fernsehen sorgt Kommissar Amanullah in 20 Folgen für mehr Sicherheit der Bürger.

Von individueller und kollektiver Sicherheit träumen die Menschen in Afghanistan. Sie wollen ein Leben ohne ständige Gefahren, ohne bewaffnete Konflikte führen. Mehr Sicherheit wünschen sich die Händler auf den Märkten in Badakhshan ebenso wie Schulkinder und ihre Lehrer, Arbeiter, die Straßen bauen, und auch die Polizisten, vom einfachen Beamten bis zum Distriktkommandeur.

Beim Thema Sicherheit zieht zwar immer noch Afghanistan die meiste Aufmerksamkeit auf sich, doch auch in Afrika leiden die Menschen in vielen Staaten unter Gewalt. Mit 13 kriegerischen Konflikten ist Afrika die von organisierten Kämpfen am stärksten betroffene Weltregion, stellt die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg im aktuellen Bericht für 2012 fest. Auch deswegen gehört der Kontinent zu den Schwerpunkten der deutschen internationalen Zusammenarbeit.

Deutschland engagiert sich dort stark in der Polizeiausbildung. Burundi, Côte d'Ivoire, Liberia, Ruanda, Sierra Leone, Sudan sowie Südsudan, die Zentralafrikanische Republik und die Demokratische Republik Kongo nehmen an Programmen zur Polizeiausbildung teil. In den meisten Kursen steht klassische Polizeiarbeit auf dem Stundenplan, beispielsweise der richtigen Umgang mit Verdächtigen, Spurensicherung, das Verfassen von Berichten, die Zusammenarbeit mit der Justiz. Außerdem werden Polizeieinheiten aus verschiedenen afrikanischen Ländern dafür trainiert »

AUS DER ARBEIT DER GIZ > SICHERHEIT

Ziviler Friedensdienst

Projekt: Zivile Konfliktbearbeitung in Guatemala
Finanzierung: BMZ
Laufzeit: 2000 bis 2016

GUATEMALA Auch 17 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs bestimmen Gewalt und soziale Ungerechtigkeit den Alltag der Menschen in Guatemala. Die indigene Bevölkerungsmehrheit wird sozial, politisch und wirtschaftlich marginalisiert. Schwache staatliche Strukturen und der Einfluss organisierter Kriminalität haben das Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen unterhöhlt. Die in den Friedensverträgen avisierten gesellschaftlichen Veränderungen wurden von den Regierungen kaum umgesetzt. Das Guatemala-Programm des Zivilen Friedensdienstes der GIZ unterstützt die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und Gewalterfahrungen sowie eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung durch Archivforschung, juristische Beratung, psychosoziale Betreuung und die Begleitung gesellschaftlicher Dialogprozesse.

☞ www.ziviler-friedensdienst.org
 ☞ www.giz.de/ziviler-friedensdienst

Vertrauen schaffen



Projekt: Gemeindebasierte Polizeiarbeit unter Achtung der rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter
Auftraggeber: BMZ, Kofinanzierung durch die niederländische

Botschaft und die spanische Entwicklungsagentur AECID
Partner: Bangladesh Ministry of Women and Children Affairs
Laufzeit: 2007 bis 2011

BANGLADESCH Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt oder von Menschenhandel werden, suchen in Bangladesch nur selten Hilfe bei der Polizei. Sie tun dies nicht einmal bei weniger gravierenden Problemen, weil sie ihr nicht vertrauen. Die GIZ begleitete im Auftrag des BMZ und der niederländischen Botschaft in vier Bezirken des Landes den Aufbau einer gemeindebasierten Polizeiarbeit. Sie brachte dort Gemeinden und Polizei an einen Tisch, wobei die Belange von Frauen und ihre Gleichstellung stets ein besonderes Anliegen waren. Dort fühlen sich Frauen inzwischen sicherer als zuvor, das Vertrauen in die Polizei ist deutlich gestiegen.

und vorbereitet, an Friedensmissionen der Afrikanischen Union teilzunehmen. Ohne gut ausgebildetes Personal sind erfolgreiche Friedensmissionen nicht denkbar. Das Training von Polizisten erfolgt dabei nicht nur bilateral, sondern auch in Trainingszentren in West- und Ostafrika. Ziel ist, dass die Afrikanische Union und die afrikanischen Regionalorganisationen langfristig selbst in der Lage sind, Konflikte zu lösen.

Lang andauernde Bürgerkriege wie der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo zeigen, wie schwer das ist.

„Je breiter das Spektrum der möglichen Lösungen ist, desto größer wird die Zahl der Alternativen zur Gewalt.“

Johan Galtung, Friedensforscher, Träger des Right Livelihood Awards

Dort kämpfen Regierungstruppen seit Jahrzehnten gegen Rebellengruppen. Im vergangenen Jahr eskalierte die Gewalt in der Provinz Nord-Kivu erneut: M23-Rebellen eroberten sogar die Provinzhauptstadt Goma und wurden dann zurückgedrängt. Den Konfliktparteien werden zahlreiche Kriegsverbrechen vorgeworfen, auch über gezielte Massengewalttätigkeiten wird immer wieder berichtet.

Um solche Verbrechen aufzuklären, aber auch sexuellem Missbrauch innerhalb von Familien zu begegnen, hat die kongolesische Regierung eine Sondereinheit aufgestellt. Sie wird in Nord-Kivu und dem benachbarten Süd-Kivu sowie in anderen Provinzen von Experten der GIZ unterstützt. In speziellen Schulungen lernen Beamte, wie sie mit einem Vergewaltigungsoffer richtig umgehen und wie Angehörige und Zeugen befragt werden. Die Beratung richtet sich an Beamte im Polizeipräsidium wie auch an einfache Dienstränge in abgelegenen Provinzen. In Goma wurde zudem eine Polizeistation der Sondereinheit zur Bekämpfung von sexueller Gewalt mit Mitteln des Auswärtigen Amtes renoviert und ausgestattet.

Die Reform der Polizei im Kongo wird von der Bundesregierung zwischen 2013 und 2015 mit insgesamt 2,25 Millionen Euro unterstützt. Mit dem Geld werden auch andere Polizeieinheiten geschult. Seit kurzem hilft die GIZ zudem beim Ausbilden einer internen Gruppe, die gegen Täter aus den eigenen Reihen ermittelt. Das sei eine wegen der Sicher-

heitslage nicht immer ganz einfache Aufgabe, sagt Katrin Ladwig. „Es gibt Tage, an denen ist es im Kongo genauso sicher und schön wie in anderen Ländern in Ostafrika. Und dann gibt es an anderen Tagen wieder kriegsähnliche Zustände.“ Ladwig war fast neun Jahre im Kongo für die Vereinten Nationen und die GIZ im Einsatz. Nun arbeitet sie als Expertin für Polizeireform in der GIZ-Zentrale in Deutschland. In der Demokratischen Republik Kongo engagiert sich die Bundesrepublik im Bereich Sicherheit nicht nur beim Polizeiaufbau. Seit 2008 setzt die Bundesregierung im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit auf sogenannte Friedensfonds. Damit werden Projekte finanziert, die den Menschen helfen, Geld beim Straßenbau und in der Landwirtschaft zu verdienen und die lokalen Wirtschaftskreisläufe wieder anzukurbeln. Profitieren soll von den Friedensfonds vor allem die überwiegend arme Bevölkerung in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu, Maniema sowie in der Hauptstadt Kinshasa und Umgebung. Die Menschen erhalten so unmittelbar ihre persönliche Friedensdividende.

Auch die Teilnehmer des Programms „Reintegration von Flüchtlingen und Exkombattanten“ sollen vom Frieden profitieren. Deutschland fördert damit das nationale kongolesische Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm. Flüchtlinge und ehemalige Kämpfer bekommen eine Perspektive für eine Rückkehr in das zivile Leben.

Damit bewaffnete Konflikte gar nicht erst entstehen, berät die GIZ im Auftrag des Auswärtigen Amtes 16 Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union beim friedlichen Beilegen von Grenzkonflikten. Einst wurden die Grenzen von den Kolonialherren mit dem Lineal auf Landkarten während internationaler Konferenzen gezogen. Die Afrikaner hatten dabei kein Mitspracherecht. Heute versuchen die Staaten der Afrikanischen Union, sich über unklare Grenzverläufe zu einigen. Seit 2009 berät die GIZ sie dabei. Auch das Grenz-Projekt soll dabei helfen, den Menschen in Afrika mehr Sicherheit zu bringen. Der Wunsch, in Frieden zu leben, eint die Einwohner im Kongo, in Afghanistan und in Deutschland. Individuelle Sicherheit lässt sich ohne kollektive Sicherheit nirgendwo herstellen. Den Wunsch nach Sicherheit für einen Großteil der Weltbevölkerung zur Wirklichkeit werden zu lassen, bleibt eine der großen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. ■

SICHERHEIT IN ZAHLEN



34

Im Jahr 2012 ist die Zahl der **Kriege und bewaffneten Konflikte** gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Sie verringerte sich um drei auf 34 und auch die Zahl der Kriege sank um einen auf 24.

QUELLE: ARBEITSGEMEINSCHAFT KRIEGSURSACHENFORSCHUNG (AKUF)

68

Zu 68 **Friedensmissionen** haben die Vereinten Nationen von 1948 bis heute Blauhelmsoldaten entsandt.

QUELLE: VEREINTE NATIONEN, STAND: APRIL 2013

60

Mehr als 60 **Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung** gab es weltweit seit den 1990er Jahren. Geografisch gesehen wurden die meisten in afrikanischen Ländern durchgeführt.

QUELLE: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG



141.000.000

Zwischen 2003 und 2011 wurden im Rahmen des Afghanistan's-New-Beginnings-Programms der Vereinten Nationen 141 Millionen US-Dollar für die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von **Kombattanten in Afghanistan** ausgegeben. Unter den Teilnehmern waren auch viele Kindersoldaten.

QUELLE: UNDP AFGHANISTAN'S NEW BEGINNINGS PROGRAMME (ANBP)



Platz 1

Island liegt auf Platz 1 des **Global Peace Index 2013** vor Dänemark und Neuseeland. Deutschland liegt auf Rang 15 der friedlichsten Länder. In der Studie werden unter anderem der Grad der Militarisierung, die Wahrscheinlichkeit innerstaatlicher Konflikte und die Waffenexporte eines Landes gemessen.

QUELLE: GLOBAL PEACE INDEX 2013

124.118

Zivilisten fielen zwischen 2003 und 2013 dem Irakkrieg zum Opfer. Der höchste Stand wurde 2007 mit 29.114 getöteten Zivilpersonen erreicht. Die tatsächliche Zahl dürfte noch höher sein, da nicht alle Todesfälle dokumentiert wurden.

QUELLEN: WWW.STATISTA.COM, WWW.IRAGBODYCOUNT.COM



» Außensicht

DIE REALITÄT IST ZU HAUSE

Sicherheit bei journalistischen Recherchen in Afghanistan?
Hans-Ulrich Gack zu den Bedingungen des Arbeitens unter
schwierigen Verhältnissen.

Seit Wochen ist diese Reise zu den US-Truppen nach Südafghanistan vorbereitet. Alles ist bis ins Detail besprochen und geplant. Doch dann sitzen wir wieder mal fest auf einer staubigen Militärstation nahe Kandahar und warten. Seit Tagen schon. Amerikanische Transporthubschrauber sollten uns längst ins Panjwai bringen, eine Region in Südafghanistan. Doch entweder werden die Hubschrauber anderweitig gebraucht, oder es gibt Sandstürme, die Flüge unmöglich machen.

Wir sind bei US-Streitkräften „embedded“. Das bedeutet: Wir akzeptieren deren Regeln. Ausnahmslos. Das alles war von vornherein klar. Allerdings sagen wir das auch in der Berichterstattung. Die letzte Freiheit, die uns von nun an bleibt, ist, wieder abzureisen.

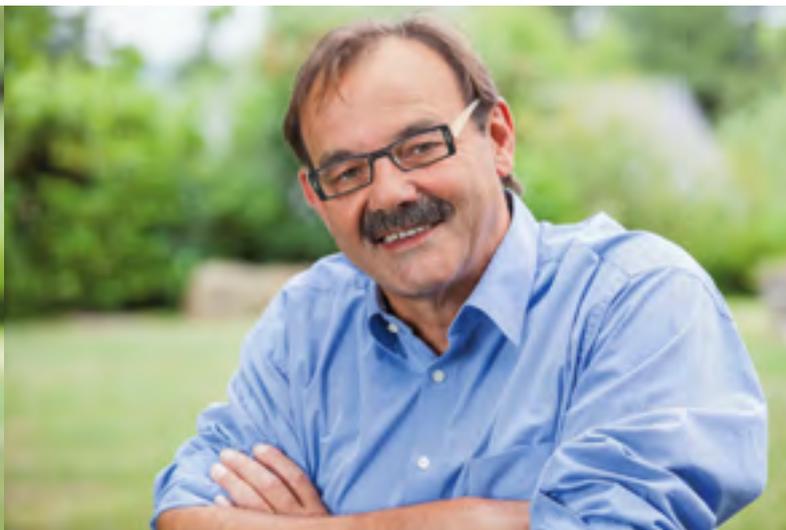
Die amerikanischen Militärsprecher sind über zehn Monate im Einsatz. Manche entwickeln in dieser Zeit ein außergewöhnliches Verhältnis zu Gefahr, Realität und Zeit. Wir mögen uns gedulden, die Hubschrauber ins Panjwai kommen schon. Genießt die Annehmlichkeiten des Lagerlebens. Schließlich gibt es 24 Stunden

am Tag frischen Kaffee und entspannte Sicherheit. Im Camp sei außerdem noch nichts passiert, erklärt man uns. Niemand von uns hatte danach gefragt. Auch die Unterkünfte seien schussfest. Schlafcontainer aus extra gehärtetem Stahl.

Sicherheit ist eine komplexe Angelegenheit und immer ziemlich schwer. Insgesamt hundert Kilo wiegt allein die Schutzausrüstung für unser vierköpfiges Team. Alle sechs Monate gibt es Erste-Hilfe-Kurse, in denen Kenntnisse aufgefrischt oder vertieft werden. Das ZDF spart nicht an Sicherheit. Es liegen Welten zwischen „embedded“ bei US-Truppen und unserer eigenen Sicherheitsphilosophie. Die Amerikaner setzen auf Stahl – wir auf die Kenntnisse und Erfahrungen unserer afghanischen Mitarbeiter. Leute, die seit Jahren mit uns zusammenarbeiten, die für uns ein landesweites Netzwerk mit Vertrauten unterhalten. Ihre Informationen sind fast immer mehr wert als alle offiziellen Reise- und Warnungen. Selbst wenn alle professionellen Sicherheitsdienste für Reisen in bestimmte Landesteile „grünes Licht“ geben, sind unsere afgha-

» ZUR PERSON

Hans-Ulrich Gack ist Reporter beim Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) und zuständig für die Berichterstattung aus Afghanistan.



nischen Kollegen so etwas wie die letzte Instanz. Sie „hören das Gras wachsen“.

Es hat in den vergangenen zehn Jahren in Afghanistan nicht eine Situation gegeben, in der unsere lokalen Kollegen falsch lagen. Andere schon. Selbst wenn wir auf unseren Fahrten kritische Gebiete durchquerten, nie ist etwas passiert. Immer haben wir uns in gewisser Weise sicher gefühlt. Gut, wir haben uns unauffällig gemacht. Statt mit großen Geländewagen kurven wir mit uralten und verbeulten Toyota Corolla durchs Gebirge. Mit Autos halt, wie sie in Afghanistan zu Zehntausenden unterwegs sind. Da waren wir aber auch nie konkretes Ziel der

Granate schlägt in unmittelbarer Nähe vom Kantinenzelt ein. Wären wir weitergegangen – es hätte böse geendet. Es gab für uns eigentlich keinen vernünftigen Grund, kurz vor der Kantine umzukehren. Vielleicht war dies schon Lagerkoller oder das Gefühl, die Zeit des Wartens totzuschlagen zu müssen? Vielleicht auch nur Glück – der Dusel der Schusseligkeit? Ich weiß es nicht – Georges übrigens auch nicht. Wir haben durchgeatmet, darüber geredet und die Sache zunächst mal nur zur Kenntnis genommen. Es ist für uns ja auch gut gegangen.

Wir haben in den vergangenen Jahren immer mal wieder Ähnliches erlebt. Situationen, in

Schlafstörungen berichtet. Oder dass ihm ein Ereignis zu schaffen macht oder ihn gar verfolgt. So etwas bleibt eigentlich nicht unter der Decke. Wir hausen bei den oft wochenlangen Einsätzen gelegentlich unter abenteuerlichen Verhältnissen. Schlafsack an Schlafsack, trinken aus der gleichen Flasche, teilen bisweilen Kamm und Rasierer. Da kennt man sich – oder glaubt es zumindest.

Es sind auch immer die gleichen Teams, mit denen ich in Afghanistan oder in anderen Krisengebieten unterwegs bin. Ein Pool von nicht mal zehn Leuten. Jeder Familienvater. Manche kenne ich seit 20 Jahren. Allesamt Profis bis in die Haarspitzen. Und Mannschaftsspieler. Keine Haudegen – keiner, der sich etwas beweisen muss. Der Jüngste Mitte 40 – der Älteste Ende 50. Man würde sie eher als Ingenieure in einem Technologieunternehmen vermuten oder vielleicht noch als Bankangestellte, die Bausparverträge verkaufen. Nicht aber als Spezialisten für Krisengebiete.

Natürlich haben wir uns durch diese Form des Journalismus verändert. Das ist normal – äußere Einflüsse sind immer prägend. Jeder geht damit um – auf seine Weise. Wenn ich extreme Situationen erlebe, dann schaffe ich Distanz, betrachte die Dinge wie durch einen Filter. Ich gestatte mir nur so viele Eindrücke, wie ich für objektive und seriöse Berichterstattung benötige. Danach verblasst das Erlebte, wirkt irgendwie irrational.

Die Realität ist die alltägliche Welt zu Hause. Und genau dort werden manche von den Erlebnissen wieder eingeholt. Es beginnt oft mit kleinen Dingen. Wer plötzlich den Müll nicht mehr rausträgt oder Probleme hat, samstags den Rasen zu mähen, braucht in aller Regel Hilfe. Das ZDF ist darauf vorbereitet. ■

„Wir versuchen zu lernen und ziehen Konsequenzen. Wenn es nicht anders geht, verabschieden wir uns von allen gewohnten Verhaltensmustern.“

Aufständischen. Anders liegen die Dinge, wenn man Militär begleitet.

Die Zeit verrinnt – die Hubschrauber lassen auf sich warten. Ein Teil unseres Teams genießt den Vorteil dieser bombensicheren Schlafsafes. Georges Nasser, krisenerprobter Produktionsleiter, und ich wollen zur Kantine, keine hundert Meter vom Container entfernt. Auf dem Weg dorthin stellen wir plötzlich fest, dass wir etwas vergessen haben. Irgendeine Belanglosigkeit, wir wissen heute nicht mal mehr, was. Wir kehren um, erreichen gerade unseren Schlafcontainer und hören in unmittelbarer Folge drei heftige Detonationen. Mörserfeuer. Zwei Granaten treffen weiter weg ins Camp. Keine Gefahr also, zumindest nicht für uns. Aber eine weitere

denen wir oder andere durch merkwürdiges Handeln heiklen Momenten entgangen sind. Innerhalb des Teams werden derartige Ereignisse analysiert. Wir versuchen zu lernen und ziehen Konsequenzen. Wenn es nicht anders geht, verabschieden wir uns von allen gewohnten Verhaltensmustern, wirken auf Außenstehende schroff, manchmal auch abweisend und unhöflich, und gelegentlich stirbt deshalb die eine oder andere Geschichte. Wir nehmen dies in Kauf.

Es mag unglaublich klingen, aber nach unserer internen Ereignis-Analyse und den daraus gewonnenen Lehren haken wir extreme Erlebnisse unter dem Stichwort „Lebenserfahrungen“ ab. Eigentlich ziemlich rasch sogar. Keiner aus unserem Team hat mir beispielsweise von



NICHT EINFACH NUR EIN SPIEL

SPORT SPIELT IN VIELEN LÄNDERN und Kulturen eine wichtige Rolle. Kinder lernen, Regeln einzuhalten, gemeinsam Siege zu feiern oder Niederlagen zu verarbeiten. Sportliche Großereignisse mobilisieren immense Investitionen und schaffen Arbeitsplätze. Die GIZ nutzt die pädagogischen Potenziale des Fußballs bei der Jugendförderung in Afrika und Lateinamerika. In Brasilien engagiert sie sich neben ihren langjährigen weiteren Programmen seit 2012 auch im Vorfeld der 2014 dort stattfindenden Fußballweltmeisterschaft der Männer.

Fotograf: Caio Vilela





DEN ANSCHLUSS SCHAFFEN

Laos muss die Produktivität seiner Wirtschaft steigern und mehr Exportprodukte erzeugen, wenn es im ASEAN-Wirtschaftsraum nicht an den Rand gedrückt werden will. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sind eine wichtige Säule des Aufschwungs.

Text Diana Laarz Fotos Sascha Montag

Es ist ein nebliger Tag am Ufer des Mekong nahe der laotischen Hauptstadt Vientiane. Ein Fischer steuert sein Boot vorbei, Zikaden zirpen. Es könnte eine Idylle sein – wenn nicht über dem Flussufer eine der Hauptschlagadern der laotischen Wirtschaft verlaufen würde. Wie ein Zukunftsversprechen auf Betonfüßen überspannt die über einen Kilometer lange Freundschaftsbrücke den Mekong. Sie verbindet seit 1994 die laotische Hauptstadt Vientiane auf der einen Seite mit der thailändischen Provinz Nong Khai am anderen Ufer. Über die Brücke rauschen Lastwagen, ab und an ein Pkw, das Dach so hoch beladen, dass das Fahrzeug unter der Last zu wanken scheint. Thailand ist der wichtigste Handelspartner der Demokratischen Volksrepublik Laos. Das Königreich nimmt gut 40 Prozent der laotischen Exporte auf und liefert 62 Prozent der Importe. So, wie hier die Waren emsig grenzüberschreitend transportiert werden, sollen künftig auch mit anderen Nachbarn die Handelsbeziehungen laufen. In dieser Zukunft ist Laos ein starkes Mitglied in der Vereinigung südostasiatischer Staaten, der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN).

Noch muss Laos auf dem Weg in diese Zukunft eine größere Strecke zurücklegen. Das Land hat in den vergangenen Jahren zwar große Schritte bei der Armutsbekämpfung gemacht, und auch das Wirtschaftswachstum lag zuletzt konstant bei sieben bis acht Prozent. Aber noch immer zählen die Vereinten Nationen Laos zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt, den „Least developed

Countries“. Das Land mit seinen sieben Millionen Einwohnern ist gerade dabei, einen gewaltigen Kraftakt zu stemmen: Die Wirtschaft wird fit gemacht für den weltweiten Handel.

Seit Februar 2013 ist Laos Mitglied der Welthandelsorganisation, seit 1997 im ASEAN-Verband. Bis Ende 2015 wollen die ASEAN-Länder einen einheitlichen Wirtschaftsraum nach europäischem Vorbild gründen. Dann fallen die meisten Zölle. Laos grenzt an zwei wirtschaftliche Schwergewichte: Thailand im Westen und Vietnam im Osten, beide ebenfalls ASEAN-Mitglieder, haben Laos in puncto Produktivität abgehängt, ganz zu schweigen vom großen Nachbarn China im Norden. Wenn Laos in einem Freihandelssystem gegen die Konkurrenten bestehen möchte, muss das Land an Wettbewerbsfähigkeit zulegen. Bessere Ausbildungsstandards und der Wandel von einer staatlich gelenkten zu einer marktorientierten Wirtschaft stehen dabei im Vordergrund.

Näherinnen zertifizieren

Ein niedriger Raum im Stadtzentrum von Vientiane. Licht fällt durch die breiten Fenster, Kabel hängen von der Decke. Der Raum ist erfüllt vom Rattern von gut einem Dutzend Nähmaschinen. Frauen mit Flipflops an den Füßen sitzen davor, den Blick konzentriert auf die Nadeln der Maschinen gerichtet. An einer der Maschinen arbeitet Souphaphone Xayaphomma, 28 Jahre alt. Sie näht, stockt, näht weiter, betrachtet kritisch die Naht, dann be-

ginnt sie, den Kragen, den sie soeben an ein Hemd genäht hat, wieder abzutrennen. Xayaphomma gilt in ihrem Kurs als eine der Musterschülerinnen. „Sehr akkurat und gewissenhaft“, loben die Ausbilder.

Seit 2011 gibt es das Garment Skills Development Center, ein Weiterbildungszentrum für die laotische Textilbranche. Leitungspersonal aus den 110 Textilfabriken rund um Vientiane lernt hier, wie es die Produktivität in ihren Unternehmen steigern und Mitarbeiter führen kann. Und in 18-tägigen Kursen werden junge Frauen wie Souphaphone Xayaphomma zu zertifizierten Näherinnen ausgebildet. Vor Eröffnung dieses Weiterbildungszentrums gab es in Laos überhaupt keine zertifizierte Ausbildung für Näherinnen. Die Frauen wurden oft schon nach einer Woche Einarbeitungszeit in die Produktionslinie geschickt – zulasten der Qualität und Produktivität. Dabei ist die Textilbranche neben dem Tourismus und dem Energie-, Gold- und Kupferexport einer der Wachstumsmotoren der laotischen Wirtschaft. 75 Prozent der Produkte werden nach Europa exportiert.

Die Nähereien in Laos sind zwar kleiner als die in Thailand oder Vietnam, aber die laotischen Näherinnen gelten – wenn sie gut ausgebildet sind – als besonders geschickt und können niedrige Stückzahlen in hoher Qualität herstellen. „Bei den schnell wechselnden Moden in den westlichen Abnehmerländern ist das ein Vorteil“, sagt Borivon Phafong, die Direktorin des Zentrums. Die Ausbildung soll dafür sorgen, dass die Produktionskosten »



Im Garment Skills Development Center lernen Berufseinsteigerinnen und erfahrene Näherinnen den Umgang mit modernen Nähmaschinen. Ihre Qualifikation erhöht die Qualität und verschafft den Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Neben der Textilbranche hat die Landwirtschaft in Laos hohes Potenzial.

in den Nähereien sinken und dass noch mehr Auftraggeber im Ausland von der laotischen Qualität überzeugt werden.

Souphaphone Xayaphomma ist beim Schulterstück des Hemdes angelangt. Ein Zettel am Arbeitsplatz zeigt ihren Fortschritt. Bei ihrem ersten Versuch brauchte sie für diese Aufgabe 7.30 Minuten, beim zweiten Mal 5.10 Minuten, zuletzt nur noch 2.17 Minuten. Insgesamt zehn Mal wiederholt Xayaphomma diese Übung, eine Trainerin mit Stoppuhr in der Hand schaut zu. Auch Borivon Phafong ist stehen geblieben: „Manche unserer Schülerinnen arbeiten schon seit zwanzig Jahren in der Fabrik, aber hier lernen sie zum ersten Mal, wie sie mit einer Saummaschine umgehen“, sagt sie. „Unser Zentrum hilft, die Qualität laotischer Produkte zu stabilisieren.“ Borivon

Phafong geht zur nächsten Nähmaschine weiter, zur nächsten Schülerin. Sie hat eine Hemdtasche angenäht. Um Millimeter weicht das Streifenmuster der Tasche vom Muster des Hemdes ab. „Das musst du wieder auftrennen“, sagt Phafong. Fast wie eine Entschuldigung schiebt sie hinterher: „Wir setzen auf Qualität.“ Seit Mitte 2013 können Workshopteilnehmer ein Zertifikat der ASEAN Federation of Textile Industries erhalten, das im gesamten ASEAN-Raum anerkannt wird.

Auf Werbetour in den Provinzen

Die laotische Regierung schätzt die Arbeit des Ausbildungszentrums. Vor wenigen Wochen schickte das Bildungsministerium Mitarbeiter des Zentrums zu Vorträgen in Schulen der lao-

tischen Provinzen. Einige Schülerinnen haben sich daraufhin für einen Workshop in Vientiane angemeldet. Der Aufbau des Ausbildungszentrums wurde von mehreren Gebern über einen Fonds finanziert, in den neben Deutschland unter anderem Australien und die Europäische Union einzahlen. Die deutschen Mittel kommen über das Programm „Wirtschaftliche Integration von Laos in die Märkte des ASEAN-Raums“, das die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zusammen mit dem laotischen Handelsministerium durchführt. „Die Integration in den ASEAN-Raum ist für Laos ein sehr mutiger Schritt“, sagt GIZ-Programmleiter Armin Hofmann. Es gibt dazu keine Alternative: „Außen vor zu bleiben, wenn alle anderen ei-

nen freien Wirtschaftsraum schaffen, ist auch keine Lösung.“ Die Chancen sind enorm. Denn das Land hat seinen ASEAN-Nachbarn einiges zu bieten.

Rohstoffreicher Boden

Der laotische Boden gilt als rohstoffreich, viele Vorkommen sind noch nicht erschlossen. Bislang wurde Laos deshalb immer wieder mit einem armen Bauernjungen verglichen, der auf einer Schatztruhe sitzt, aber den Schlüssel nicht findet. Das scheint sich nun zu ändern: Der Export von Gold und Kupfer wächst. Das Land nutzt außerdem die Wasserkraft des Mekong und seiner Nebenflüsse zur Energiegewinnung und exportiert Strom. Aber auch die Landwirtschaft bietet Wachstumspotenzial. Die GIZ und das Handelsministerium haben in einer Studie gezeigt, mit welchen landwirtschaftlichen Produkten Laos punkten kann. Da sind zum Beispiel getrocknete Früchte, Sesam, Bananen, das Hiobstränengras, aus dem sich ein Mehlersatz mahlen lässt, und Maulbeerbaumstämme, aus denen zum Beispiel Lampenschirme gefertigt werden. All diese Perspektiven machten Mut, sagt Armin Hofmann. „Die Laoten arbeiten am Aufbau und wir unterstützen sie dabei.“ Momentan sind die Partner dabei, das erste Wettbewerbsgesetz zu entwickeln, damit mehr private Investoren den Schritt nach Laos wagen.

Wann immer sie auf Herausforderungen treffen, haben die Laoten einen Spruch auf den Lippen: „Bor peng jang!“ Das heißt so viel wie: „Kein Problem, wir schaffen das schon!“ Die wirtschaftliche Integration in den ASEAN-Raum ist wahrscheinlich die größte Herausforderung der vergangenen zwanzig Jahre. Für die Laoten aber kein Grund, den Mut zu verlieren. Sie sagen: „Bor peng jang!“ ■

> ANSPRECHPARTNER

Armin Hofmann > armin.hofmann@giz.de

> LAOS



> LÄNDERINFO

Hauptstadt: Vientiane
Einwohner: 6,7 Millionen
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf: 3.100 US-Dollar
Bevölkerungsanteil unterhalb der nationalen Armutsgrenze: 26 Prozent
Wachstum der industriellen Produktion: 17,7 Prozent
Rang im Human Development Index: 138 (von 187)

Quellen: CIA – The World Factbook; Germany Trade & Invest

Handelspotenziale entwickeln

Projekt: Wirtschaftliche Integration von Laos in die Märkte des ASEAN-Raums

Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Partner: Ministerium für Industrie und Handel von Laos

Laufzeit: 2011 bis 2013

Die Mitglieder der Vereinigung südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) wollen bis 2015 einen gemeinsamen Wirtschaftsraum nach europäischem Vorbild schaffen. Dies birgt Chancen, aber auch Risiken für Laos. Im Auftrag des BMZ berät die GIZ die laotische Regierung dabei, wie diese selbst und auch einheimische Unternehmen die Chancen nutzen können, die sich aus der regionalen Handelsintegration ergeben. Eine Gesamtstrategie für den Handelsbereich wurde im Mai 2012 verabschiedet, darin wird dem ASEAN-Raum eine bedeutende Rolle für die sozioökonomische Entwicklung von Laos beigemessen. Beim laotischen Ministerium für Industrie und Handel wurde zudem eine eigene Einheit für die Koordinierung und das Monitoring der ASEAN-Verpflichtungen aufgebaut. Dort berät die GIZ insbesondere zum Thema Handel mit Gütern und Dienstleistungen und unterstützt beim Capacity Development. Wichtige Grundlage für die Diversifizierung der laotischen Exporte ist die Identifizierung neuer Handelspotenziale in der ASEAN-Region. Die Erkenntnisse werden mit Interessenvertretungen des Privatsektors aufgearbeitet und von diesen der Wirtschaft zugänglich gemacht. Das Projekt unterstützt somit unter anderem den öffentlich-privaten Dialog.

Deutschland zahlt zudem gemeinsam mit der Weltbank, der Europäischen Union und AusAID in einen Geberfonds ein, der Laos beim Aufbau von Handelskompetenzen ausgewählter Regierungseinheiten und beim Abbau von Handelsbarrieren unterstützt.



DAS GOLD DES MEERES

Mauretaniens Gewässer gehören zu den fischreichsten Afrikas. Bistlang profitieren vor allem Flotten anderer Länder davon. Doch das Land im Nordwesten Afrikas schickt sich an, das Potenzial stärker auszuschöpfen. Viele Arbeitsplätze könnten entstehen.

Text Hauke Friederichs Fotos Thomas Imo



Auf dem Fischmarkt in Nouakchott, Mauretaniens Hauptstadt, preisen Frauen ihre Ware an. In Styroporkisten liegen Tintenfische, Makrelen, Doraden oder Zackenbarsche vor ihnen auf schmelzenden Eisschichten. Der Geruch von Meerestieren steigt in die Nasen der Kunden, die am Nachmittag für Restaurants, Hotels und Geschäfte einkaufen. Auf großen Holzblöcken zerteilen die Verkäufer die Fische mit langen Messern. Wenige Schritte von den Markthallen und den Ständen entfernt liegen zahllose Boote in langer Reihe im Sand. Wellen schlagen an den Strand. Auf dem Atlantik sind immer noch Schiffe und Boote auf Fischfang unterwegs. Wenn die Dunkelheit auf Nouakchott herabsinkt, werden sie zurückkehren.

Lohn ist abhängig vom Fang

Heute wird weniger Fisch verkauft werden als sonst. Viele Fischer mussten an Land bleiben. Vor einer der bunt bemalten Pirogen, einfachen Holzkähnen, steht Djibi Ba mit einigen Freunden. Jeden Tag fährt er mit einem Boot aufs Meer hinaus – solange das Wetter mitspielt. Heute sei es zu windig gewesen, die Wellen waren zu hoch, sagt Ba. Er und seine Freunde schlagen am Strand die Zeit tot. Djibi Ba trägt eine verschlissene hellgraue Jeans, geflickte Schlappen und ein schwarzes T-Shirt mit Prada-Logo, eine Kopie. Um ein Original der Modemarke zu kaufen, fehlt Ba das Geld. Als Hilfsarbeiter an Bord verdient er nicht viel. Gutes Geld gebe es nur, wenn die Mannschaft viel fange. Die Fischerei hat er von älteren Kollegen gelernt. Von Navigation hat er keine Ahnung. Er packt an, wenn Muskelkraft gebraucht wird, und träumt davon, irgendwann einmal ein eigenes Boot zu besitzen. Am nächsten Tag soll das Wetter wieder besser werden und sie werden bei Sonnenaufgang zum Fischen in See stechen. Mit 25 anderen Männern drängt Djibi Ba sich dann in das schmale Boot. Viele Hände werden gebraucht, um die vollen Netze an Bord zu ziehen – wenn Ba und seine Kollegen denn etwas fangen.

Die Konkurrenz für die mauretanischen Fischer wächst. Ihre Regierung hat Fischereiabkommen mit Japan und China abgeschlossen,

mit der Europäischen Union gibt es ein Abkommen, die Verhandlungen über die Fangquoten laufen noch. Gegenüber den großen, internationalen Fischtrawlern wirken die einheimischen Boote wie Nusschalen. Der Fischfang hat in Mauretaniens keine lange Tradition – ebenso wenig der Konsum.

In dem nordwestafrikanischen Land werden pro Kopf im Jahr etwa vier Kilogramm Fisch gegessen, in Deutschland sind es 16. Die nomadischen Stämme setzten jahrhundertlang auf Viehzucht, das Meer blieb ihnen fremd. Erst die große Sahel-Dürre in den 1970er Jahren, in der Tausende Herden starben, führte zu einem Wachstum der Fischerei und einem Zustrom von Menschen zur Küste. Die mauretanischen Küstengewässer zählen zu den fischreichsten in Afrika. Das Wasser ist hier besonders nährstoffreich. Doch langsam zeichnet sich ab, dass die ersten Bestände, wie die des Oktopus, überfischt sind. Dem Tintenfisch stellen in erster Linie die einheimischen Fischer nach, entweder mit dem Schleppnetz oder mit im Lande produzierten Plastiktöpfen. Seit den 90er Jahren werden auch Lizenzen im Rahmen des EU-Fischereiabkommens vergeben. Deren Zahl wurde jedoch bereits im letzten Protokoll reduziert und im aktuellen Protokoll gänzlich gestrichen.

Überwachung per Satellit

Mit einem satellitengestützten Überwachungssystem kontrolliert die mauretanische Küstenwache, dass ausschließlich lizenzierte Trawler im Hoheitsgebiet fischen gehen. Der Aufbau der Fischereiüberwachung mit ihren Kontrollstationen wurde von der deutschen KfW finanziert.

In einer Station in Nouakchott, einem ockerfarbenen, zweistöckigen Gebäude, schauen drei Uniformierte auf ihre Bildschirme. Eine Karte der Küstenlinie erscheint dort, Punkte mit Schiffsnamen und Koordinaten blinken auf. Kapitänleutnant Sidi Mohamed Némane sagt, dass Raubfischerei kein Problem sei. Mit Hilfe der Technik können seine Leute und er auch erfassen, wenn Fischer in Bereichen aktiv sind, die für sie gesperrt sind. Wenn ein Punkt auf der digitalen Karte verdächtig erscheint, »

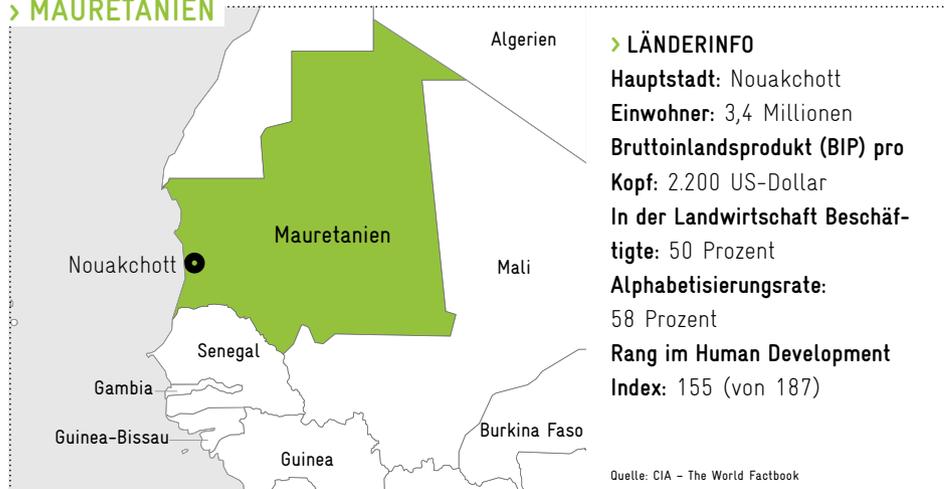
werden Schnellboote ausgeschiedt, die das betreffende Schiff kontrollieren. Knapp einen Kilometer von der Station und dem großen Fischmarkt entfernt betreibt eine Frauenkooperative eine kleine Fischmanufaktur. Frauen in weißen Kitteln nehmen an einem langen Tisch Doraden und andere Fische aus. Nedwa Nech, 45 Jahre alt, leitet den Verein Mauritanie2000,

der die Fischverarbeitungsanlage und elf Läden in Nouakchott betreibt. Die Frauenkooperative ist so erfolgreich, dass sie eigene Fischerboote betreibt, auf denen Männer als Angestellte arbeiten. Frauen, die von Mauritanie2000 gefördert werden wollen, müssen einige Auflagen erfüllen: Sie müssen zum Beispiel ihre Kinder zur Schule schicken. Die Frauen können Unterneh-

merinnen werden. Mauritanie2000 vergibt daher auch Kleinkredite. Bisher seien alle Darlehen zurückgezahlt worden, sagt Nedwa Nech. Mauritanie2000 arbeitet bei Projekten mit Organisationen wie Oxfam und auch der GIZ zusammen.

„Ohne uns Frauen kämen die Fische nicht auf den Markt“, sagt Nedwa Nech. Die Idee kam ihr und einigen Mitstreitern, weil lange Jahre der Inhalt der Fischernetze fast komplett in den Export ging. Wer in Nouakchott Fisch kaufen wollte, bekam meist nur die Reste, die für den Absatz ins Ausland nicht geeignet waren – trotz des Fischreichtums in den Küstengewässern.

> MAURETANIEN



Riesige Ressourcen

„Das Land hat unglaublich reiche Ressourcen“, sagt Ulf Löwenberg. Der Fischereifachmann arbeitet für die GIZ im Projekt „Nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen“, Auftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Löwenberg berät das mauretaniche Fischereiministerium und einige der nachgeordneten Behörden. Dort hilft er unter anderem beim Erstellen von sogenannten Bewirtschaftungsplänen und beim Aufbau eines FischereieinFORMATIONSSYSTEMS. Ziel ist es, die Fischerei nachhaltiger zu machen und die Vergabe von Zugangsrechten transparent zu gestalten.

Löwenberg beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der Fischerei. In Hamburg studierte er Fischereibiologie, in seiner Diplomarbeit setzte er sich mit dem Aal in der Nordsee auseinander. In der Praxis zog es ihn dann zu entfernteren Gewässern. Auf den Seychellen hat er lange gearbeitet. Von 1993 bis 1998 war er schon einmal in Mauretanien, eingesetzt beim mauretaniche Fischereiministerium. Löwenberg ist gut vernetzt im Land, er kennt Fischer ebenso wie die Beamten in Häfen und auf den Märkten sowie Geschäftsleute, die mit Unterstützung der GIZ eine Austernfarm aufbauen.

Moderne Fangschiffe sind schwimmende Fabriken. Die gefangenen Fische werden oft bereits an Bord verarbeitet oder für die Lebensmittelindustrie in Asien, Europa und Afrika vorbereitet. „Wertschöpfung und Verarbeitung

Fischerei nachhaltig gestalten

Projekt: Nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen
Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Partner: Mauretaniche Fischereiministerium
Gesamtlaufzeit: 2010 bis 2013

Viele Arbeitsplätze Mauretaniens sind in der Fischerei angesiedelt. Die Fischgründe werden jedoch von nationalen und internationalen Fangflotten übernutzt, ökologisches Gleichgewicht und vor allem die wirtschaftliche Entwicklung Mauretaniens sind gefährdet. Das Land hat mit internationaler Unterstützung eine Strategie für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Küstengewässer entwickelt, die Ressourcenerhalt und die Ressourcennutzung in ein Gleichgewicht bringen soll. Die GIZ berät die mauretaniche Regierung im Auftrag des BMZ beim Erstellen von Bewirtschaftungsplänen, in denen unter anderem Fangmenge und -gebiet sowie Schonzeiten für die bedeutendsten und am stärksten gefährdeten Fischarten festgesetzt werden. Eine Datenbank vernetzt alle verfügbaren Informationen. Ein nationales Beratungsgremium für Fischerei fördert den Dialog zwischen Behörden, Unternehmern und Privatfischern.

Die deutsche KfW finanziert ergänzend ein satellitengestütztes Überwachungssystem sowie Patrouillenboote und Radarstationen zur Kontrolle der Schutzzonen und Fangquoten. Durch die nachhaltige Nutzung der Fischbestände kann Mauretanien langfristig etwa 40.000 Arbeitsplätze sichern, nicht zuletzt auch in der handwerklichen Fischerei. Damit kann auch die Armut verringert werden.

finden nicht in Mauretanien statt“, sagt Löwenberg. Konservenfabriken gibt es ebenso wenig wie Hersteller von Fertiggerichten. 40.000 Arbeitsplätze hängen an der Fischerei. Wenn der Fang stärker im Land verarbeitet würde, könnte diese Zahl wohl deutlich steigen. Das neue Protokoll mit der EU sieht vor, dass alle ausländischen Trawler, die bodennah fischen, ihren Fang in Nouadhibou anlanden. Dort soll der Fisch dann sortiert und auf Eis gelegt werden. So hätte Mauretanien erstens eine bessere Kontrolle, ob die internationalen Partner sich an die vorgegebenen Fangquoten halten. Und zweitens würden Arbeitsplätze im Hafen entstehen.

In Iwik, einige Stunden Fahrt von Nouadhibou entfernt, leben fast alle Einwohner vom Fischfang. Das Dorf im Nationalpark Banc d'Arguin profitiert von einem besonderen Schutz: Im Gebiet des Parks dürfen ausschließlich einheimische Fischer ihre Netze auswerfen und die Zahl der Boote ist begrenzt. Überfischung soll es hier nicht geben.

Mit geblähten Segeln fährt eine kleine Flotte von Iwik aus aufs Meer hinaus. Iveco Mohammed steht an Bord eines der Boote und lässt sich den Fahrtwind ins Gesicht wehen. Die Fischerei ist sein Leben. Er kennt die Arbeit auf den großen Fangschiffen ebenso wie das Fischen mit kleinen Netzen hier im Nationalpark. Der 52-Jährige hat noch auf Kuttern aus der DDR gearbeitet, war auf spanischen und französischen Booten im Einsatz. Nun arbeitet er für den Park. Ein junger Fischer kocht Tee. Ein anderer brät Trockenfisch auf dem Kohlegrill. Der Duft von Gebratenem zieht über das Boot. Iveco Mohammed reicht eine Schale mit dem Fisch herum. Das sei das Gold des Parks. „Wer ihn einmal probiert hat“, sagt Iveco Mohammed und beißt in das weiße Fleisch, „der bekommt davon nicht genug.“ So geht es nicht nur den Besuchern des Parks. Auf dem Fischmarkt in Nouakchott, wo auch ein Teil des Fangs aus Iwik landet, zeigen das rege Treiben, das Feilschen von Händlern und Kunden sowie Hunderte Fischer, die auf die nächste Ausfahrt warten: Die Mauretanier wissen das Gold des Meeres immer mehr zu schätzen. ■

➤ ANSPRECHPARTNER

Ulf Löwenberg > ulf.loewenberg@giz.de



➊ Einheimische Geschäftsleute haben eine Austernfarm aufgebaut. ➋ Per Satellit wird überwacht, dass nur Trawler mit Lizenz im Hoheitsgebiet Mauretaniens fischen. ➌ Fisch gibt es auf den heimischen Märkten, hier in der Hauptstadt Nouakchott, immer häufiger zu kaufen.



Der Palast der Schönen
Künste im historischen
Zentrum der Megastadt
Mexico City

GEMEINSAME VERANTWORTUNG

Das Schwellenland Mexiko und Deutschland erproben neue Formen der Zusammenarbeit.

Text Toni Keppeler

Mexiko hat in den vergangenen Jahren vor allem mit Drogen und Gewalt Schlagzeilen gemacht. Über 60.000 Tote hat der Krieg der Verbrecherkartelle gegeneinander und gegen den Staat in sechs Jahren gefordert. Die Wüstenstadt Ciudad Juárez, einst ein Symbol des Booms der verarbeitenden Industrie des Landes, wurde zeitweise zur gefährlichsten Stadt der Welt, noch vor Kabul oder Bagdad. Aber auch das gibt es: Durch innovative Sozialarbeit sank dort die Gewaltkriminalität in den vergangenen zwei Jahren deutlich. Keine zwei Flugstunden südöstlich von Ciudad Juárez sonnen sich Touristen an den weißen Stränden von Yucatán und besuchen die Maya-Pyramiden im Hinterland. Statistisch gesehen ist die in die Karibik ragende Halbinsel so sicher wie Belgien.

Mexiko ist ein Land der Extreme: die zweitgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas nach Brasilien und weltweit auf Rang 14; reich an Erdöl und Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, der fast ausschließlich Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen angehören. Im Süden des Landes, in den von Maya-Völkern geprägten Bundesstaaten Oaxaca und Chiapas, ist davon kaum etwas zu sehen. Sie gleichen viel stärker dem armen Nachbarland Guatemala als dem pulsierenden Ballungsraum der Hauptstadt mit seinen 20 Millionen Einwohnern, Hochhäusern und zweigeschossigen sechsspürigen Stadtautobahnen.

Das Schwellenland Mexiko hat die wirtschaftlichen und intellektuellen Ressourcen, um seine Probleme selbst zu lösen, meint man. Braucht es da überhaupt noch bilaterale Entwicklungszusammenarbeit?

„Ja“, sagt Jan Peter Schemmel, Landesdirektor der GIZ in Mexiko-Stadt. Das Land sei ein wichtiger strategischer Partner für Deutschland. Seit über 30 Jahren ist die GIZ vor Ort, zu Beginn fast ausschließlich mit klassischen Entwicklungsprojekten, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Auftrag gegeben und finanziert wurden. Inzwischen stellen Aufträge des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) rund die Hälfte des Portfolios. „Mexiko ist ein bedeutender Verbündeter Deutschlands für die Gestal-

tung der Agenden der internationalen Umweltabkommen und für die Erfüllung der damit verbundenen Verpflichtungen“, sagt Schemmel.

Gerade als Schwellenland mit internationalen Ambitionen und mit politischem Gewicht auch über Lateinamerika hinaus ist Mexiko ein höchst willkommener Partner mit gut zwei Dutzend Freihandelsverträgen – unter anderem mit der Europäischen Union. Es ist damit in die globale Wirtschaft eingebunden und als Mitglied der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA ein Scharnier zwischen Nord- und Südamerika. Die konstruktive, sensible und verständige Diplomatie des Landes wird in Nord und Süd anerkannt. Sie macht Mexiko zu einem wichtigen Mittler zwischen den Blöcken und zum bedeutenden Akteur für das Vorankommen von Abkommen zum Schutz globaler Umweltgüter.

Mittlerweile selbst Geberland

Mexiko verfügt über eine konsumierende Mittelschicht und über erfolgreiche Armutsbekämpfungsprogramme. Mittlerweile tritt das Land überdies in der Entwicklungszusammenarbeit selbst als Geberland auf, vor allem in Zentral-, aber auch in Südamerika. „Bei dieser Süd-Süd-Kooperation geht es nicht um ein paar kleine einzelne Projekte“, sagt Schemmel. „Mexiko will und kann international Verantwortung übernehmen.“

Die Zusammenarbeit mit Deutschland zielt daher nicht nur auf örtliche oder regionale, sondern auf globale Verantwortung. Zum Beispiel bei der Entwicklung sogenannter „national angepasster Maßnahmen zur Emissionsreduzierung“. Solche „Nationally Appropriate Mitigation Actions“ – im Jargon der Experten NAMAs genannt – sind ein Nachfolgeinstrument der im Kyoto-Protokoll geregelten Emissionsminderungsmechanismen. Die Idee: Schwellen- und Entwicklungsländer legen ihre eigene Klimaschutzpolitik auf, Industrienationen unterstützen sie. Die Unterstützung dieser Ländergruppe bei ihren Anstrengungen ist für Industrieländer verpflichtend und wurde schon in der UN-Klimarahmenkonvention 1992 und im Kyoto-Protokoll 1997 festgehalten. Bei der UN-Klimakonferenz Ende 2011 in Durban (Süd-



Pulsierende Städte, traumhafte Landschaften, archäologische Schätze: Als Reiseziel ist Mexiko an Vielfalt kaum zu überbieten. Die Entwicklung des Tourismussektors steht auf der Prioritätenliste der Regierung ganz oben.

afrika) wurde darüber hinaus ein „Grüner Klimafonds“ beschlossen, der Schwellen- und Entwicklungsländern bei der Verminderung von Treibhausgasen und bei der Anpassung an den Klimawandel helfen soll. Ab 2020 müssen 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern zur Verfügung stehen, die sich aus staatlichen Mitteln von Geberstaaten, meist Krediten, aber auch aus Beiträgen der Wirtschaft zusammensetzen können. Ein erster Schritt zur Erfüllung dieser Ver- »

FOTOS: KEITH DANNEMILLER/CORBIS (38), ANDRES BALCAZAR/STOCKPHOTO (39 OBEN), ANESE/STOCKPHOTO (39 MITTE), SIMON PROBORESEK/STOCKPHOTO (39 UNTEN)

pflichtungen von deutscher Seite sind die Internationale Klimaschutzinitiative sowie der Energie- und Klimafonds des BMU, aus dem weltweit Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte finanziert werden.

„Idee und Modell der Nationally Appropriate Mitigation Actions sind noch in der Entwicklung“, sagt Andreas Villar, Programmleiter der vom BMU geförderten Mexikanisch-Deutschen Klimaschutzallianz sowie des Mexikanisch-Deutschen NAMA-Programms. Noch ist nicht genau definiert, welche Mechanismen der Überwachung, Berichterstattung und Kontrolle angemessen und nötig sind und wie die internationale Finanzierung ablaufen soll. Gemeinsam mit dem Partner Mexiko werden dafür Ideen entwickelt und in der Praxis erprobt. Das Land „gehört hierbei unter den Schwellen- und Entwicklungsländern zu den Vorreitern“, weiß Villar. Seit einem halben Jahr gibt es ein Gesetz zum Klimawandel, das eine nationale Klimastrategie und ein konkretes Klimaaktionsprogramm verbindlich vorschreibt.

Mehr energieeffiziente Gebäude

Bei der Entwicklung von nationalen Maßnahmen zur Emissionsreduzierung arbeitet die GIZ im Auftrag des BMU mit ihren mexikanischen Partnern vor allem im Bereich der Energieeffizienz. „Denn da hat Deutschland einen Vorsprung vor anderen“, sagt Villar. Gemeinsam mit der staatlichen Wohnungsbaukommission, die bis 2020 einen jährlichen Bedarf von über einer halben Million neuer Sozialwohneinheiten zu decken hat, wurde „das weltweit erste Modell für Energieeffizienz im Wohnungsneubau geschaffen, zudem eines der ersten, die bereits anwendungsreif sind“. Sonnenkollektoren und Energiesparlampen gibt es in Mexiko zwar schon lange. „Unsere Beratung geht aber weg vom einzelnen Gerät und betrachtet den gesamten Energiebedarf eines Hauses.“

Für die Hauptklimazonen Mexikos wurde der Grundenergiebedarf für die drei dort jeweils verbreitetsten Gebäudetypen ermittelt. Basierend darauf wurden wiederum ambitionierte Energieeffizienzstandards definiert. Damit diese Standards im großen Umfang auch tatsächlich angewendet werden, muss die Finanzierung der



Mit deutscher Unterstützung entstehen landesweit energieeffiziente Siedlungen (oben). Auch beim Schutz und der nachhaltigen Nutzung der Biodiversität im Land setzt Mexiko auf die Zusammenarbeit mit Deutschland.



den privaten Wohnungsbauentwicklern und Hauskäufern entstehenden Mehrkosten in den Beratungs- und Förderprogrammen der großen Wohnungsbaufinanzierer verankert werden. „Und es besteht ein sehr großer Bedarf, die privaten Bauträger zu Energieeffizienzmaßnahmen ganz praktisch zu schulen“, sagt Villar: Noch beherrschen der private Bausektor und seine Handwerker die neuen, energiesparenden Bauweisen zu wenig. Die Überlegungen gehen dahin, neben der politischen und fachlichen Bera-

tung mexikanische Entscheidungsträger, Unternehmer, Wissenschaftler und Bauträger auch mit deutschen zu einem gemeinsamen Lernprozess zusammenzubringen.

Außerdem kümmert sich Villar um Geld: Das Konzept für Energieeffizienz beim Wohnungsneubau, so Villar, „hat eine soziale Komponente, eine Klimakomponente und eine finanzielle Komponente“. Deutschland und Großbritannien haben schon einen allgemeinen Fonds zur Umsetzungsfinanzierung von

Maßnahmen nach dem NAMA-Modell eingerichtet, andere Länder sind zum Mitmachen eingeladen. „Da kommen technische und finanzielle Zusammenarbeit zusammen“, sagt Villar zur gemeinsamen Umsetzung der Mittel für die Implementierung des Wohngebäudekonzepts durch GIZ und die staatliche Entwicklungsbank KfW. Die beiden haben ihre Büros in Mexiko-Stadt im selben Stockwerk eines Hochhauses und kooperieren eng.

Auch bei anderen Projekten geht es um die Zukunft des Planeten – und wiederum um Geld. Andreas Gettkant etwa arbeitet mit seinen mexikanischen Partnern an der Umsetzung des im Oktober 2010 beschlossenen Nagoya-Protokolls, eines internationalen Umweltabkommens im Rahmen der UN-Konvention über die biologische Vielfalt. Dieses Vertragswerk schuf einen völkerrechtlichen Rahmen für den Zugang zu genetischen Ressourcen und für einen gerechten Ausgleich für Gewinne aus deren Nutzung: Nicht nur Konzerne in Industrienationen sollen von der Nutzung des genetischen Reichtums tropischer Länder profitieren, sondern auch die Länder, die diese Ressourcen zur Verfügung stellen. Ein Teil des Gewinns soll wiederum in die Erhaltung der Biodiversität reinvestiert werden.

Mexiko ist bei der Artenvielfalt und bei der kulturellen Diversität „ein richtiges Schwergewicht“, sagt Gettkant. Und es ist auch in diesem Themenfeld wieder international Vorreiter, hat als eines der ersten Länder das Nagoya-Protokoll bereits ratifiziert. „Jetzt brauchen wir anwendbare Regeln.“ Denn der Weg von der Entdeckung eines pflanzlichen Wirkstoffs über seine wissenschaftliche Erforschung bis hin zur kommerziellen Nutzung ist oft lang und verschlungen. Da kann vieles vertuscht werden. Und es geht beim Nagoya-Protokoll nicht nur um Pflanzen und Tiere. Es geht auch um das Wissen indigener Heiler und traditionell lebender Bauerngruppen, das Industriekonzerne für Medizin, Landwirtschaft und Kosmetik gerne nutzen. Die Quellen des Wissens werden aber selten anerkannt oder gar honoriert. Solange es dafür keine klaren Regeln gibt, neigen Umweltministerien in artenreichen Ländern dazu, Ausfuhr- und Forschungsgenehmigungen für genetisches Gut lieber zu verweigern. „Wenn es uns gelingt,

gemeinsam mit Mexiko international anwendbare Mechanismen zu finden, kann das auch Anreize für die Forschung in Deutschland schaffen.“ Das würde den Zugang der Wissenschaftler zu ihrem Forschungsobjekt erleichtern und im Gegenzug Gelder für die nachhaltige Entwicklung in den oft marginalisierten ländlichen und artenreichen Regionen Mexikos mobilisieren.

Von Mexiko in Nachbarländer

Die mexikanisch-deutsche Zusammenarbeit ist also von gegenseitigem Nutzen – und immer mehr auch zum Nutzen dritter Länder in der Region. „Zusammen mit unseren mexikanischen Partnern entwickeln wir sogenannte Dreieckskooperationen“, sagt Pablo Heredia, GIZ-Berater im BMZ-finanzierten Programm für städtisches und industrielles Umweltmanagement. „Mexiko bringt dabei seine Erfahrungen ein, wie Konzepte aus Industrieländern auch im Entwicklungs- und Schwellenlandkontext funktionieren können, und überzeugt durch seine kulturelle Nähe zu den Drittländern. Deutschland ergänzt dies durch sein fachliches und sein Wissen über Projektmanagement.“

Seit 2006 werden so in Mexiko bereits praktisch erprobte Projektansätze gemeinsam an die Rahmenbedingungen eines Drittlandes angepasst. Nach der Anlaufphase dort ziehen sich die deutschen und mexikanischen Berater zurück, die Projekte werden an die Partnerinstitutionen des Drittlandes übergeben. „Und das funktioniert bislang mit großem Erfolg“, betont

Pablo Heredia. „Beispielsweise konnten wir mit dem Instrument der Dreieckskooperation ein seit 2003 in Mexiko entworfenes Modell für ein Netzwerk kommunaler Umweltberater erfolgreich in Guatemala, der Dominikanischen Republik und in Ecuador etablieren. Und zurzeit beraten wir in intensiver mexikanisch-deutscher Zusammenarbeit das peruanische Umweltministerium beim Altlastenmanagement. Da hat Deutschland in der Vergangenheit die modernsten Sanierungskonzepte und besten Technologieoptionen entwickelt, die nun über eine Dreieckskooperation den peruanischen Partnern zur Verfügung gestellt werden.“

Für diese Projekte hat Mexiko seit gut einem Jahr eine staatliche Entwicklungsagentur, die Agencia Mexicana de Cooperación Internacional para el Desarrollo, AMEXCID. Die GIZ begleitet im Auftrag der Bundesregierung nicht nur den Aufbau der Organisationsstruktur, es gibt auch gemeinsame Projekte in Drittländern. So gelingt es, das Instrument Dreieckskooperation auch institutionell und nachhaltig in der mexikanischen Außen- und Entwicklungspolitik zu verankern. Mexikanisch-deutsche Dreieckskooperationen gibt es inzwischen bereits in sechs lateinamerikanischen Ländern. Für die mexikanische Entwicklungsagentur ist Deutschland von Industrieländerseite derzeit der wichtigste Partner für Dreieckskooperationen. ■

➤ ANSPRECHPARTNER

Jan Peter Schemmel

➤ jan-peter.schemmel@giz.de

SCHWELLEN- UND INDUSTRIELÄNDER

Die GIZ bietet ihre Dienstleistungen der internationalen Zusammenarbeit vermehrt auch in Schwellen- und Industrieländern wie Brasilien, Russland, Südafrika, Indien und China, aber auch aufstrebenden Wirtschaftsmächten wie Mexiko, Indonesien und der Türkei an. Sie sind auf der seit einigen Jahren veränderten internationalen Bühne gewichtige Allianzpartner für Deutschland und Zukunftsmärkte für die deutsche Wirtschaft. Prognosen gehen davon aus, dass in den kommenden zehn Jahren 60 Prozent des weltweiten Wachstums in Schwellenländern stattfinden werden. Aber auch für die GIZ eröffnen sich innovative Formen der Zusammenarbeit – beispielsweise durch Kooperationsansätze, die verschiedene Politikfelder sowie die Interessen von Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern verbinden.

RISIKEN MINIMIEREN

Die GIZ ist in vielen Ländern aktiv, in denen es Sicherheitsrisiken gibt. Seit einigen Jahren baut sie ihr Sicherheits- und Risikomanagement systematisch aus.

Text Maximilian Kurz **Illustration** Katrin Kemmerling

Mali, März 2012. Unzufriedene Soldaten rücken in die Hauptstadt Bamako ein und umstellen den Regierungspalast. Der Präsident flieht, die Verfassung wird außer Kraft gesetzt. Ein Bürgerkrieg flammt auf, die Volksgruppe der Tuareg im Norden des Landes ruft einen unabhängigen Staat aus. Anfang 2013 greift Frankreich militärisch ein, um den Vormarsch der Rebellen in den Süden zu stoppen.

Mali ist ein Beispiel dafür, wie schnell sich die Sicherheitslage in einem Land verändern kann. Und solche Krisen wirken sich oft auch auf Nachbarländer aus – Flüchtlinge strömen über die Grenzen, Konfliktparteien nutzen Nachbarstaaten als Rückzugs- und Versorgungsraum. „Wir beobachten verstärkt, dass

Ereignisse in einzelnen Ländern auf ganze Regionen ausstrahlen. Von der Krise in Mali sind so etwa Niger und Burkina Faso, dazu aber auch Algerien, der Tschad und Nigeria betroffen. Das beeinflusst direkt die Sicherheit unseres Personals auch in diesen Ländern“, sagt Cornelia Schomaker, Leiterin der Krisenleitstelle der GIZ.

Aufträge in fragilen Ländern

In den vergangenen Jahren haben der Hauptauftraggeber der GIZ, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, aber auch andere Auftraggeber wie das Auswärtige Amt Arbeitsschwerpunkte vermehrt in fragilen Staaten oder Län-

dern mit hoher Gewaltkriminalität gesetzt. Auch humanitäre Aufträge in Regionen mit kritischer Sicherheitslage haben zugenommen, darunter Libyen, Südsudan oder Sudan. „Wir bleiben heute in Krisenfällen länger vor Ort und sind in fragilen Regionen aktiv, in denen wir früher eher nicht präsent waren oder unser Personal abgezogen hätten. Das können wir deshalb, weil wir professionelle und vorsorgende Konzepte und Strukturen für das Sicherheitsmanagement entwickelt haben“, sagt Schomaker.



Diese Sicherheitskonzepte konzentrieren sich zum einen auf Risiken im Alltag, auf unsichere Verkehrswege, Naturkatastrophen, Kriminalität und erhöhtes Krankheitsrisiko. Die Überlegungen umfassen zum anderen gewaltsame Konflikte, Bürgerkriege, Anschläge oder Straßenkämpfe. Mit den Vorsorgekonzepten erfüllt das Unternehmen seine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, etwa durch konkrete Verhaltensempfehlungen oder psychosoziale Erstbetreuung nach Zwischenfällen, bei akuten individuellen Krisen sowie bei arbeitsbezogenen Belastungen.

Genauso wichtig ist es aber auch, vorausschauend ein allgemeines sichereres Umfeld für die Projektarbeit zu schaffen.

Hierzu berät die Krisenleitstelle auch GIZ-Landesbüros, in einzelnen Fällen auch einzelne Projekte. Herausforderung ist dabei, die Sicherheitskonzepte dem Bedarf am jeweiligen Standort anzupassen. Immer beginnt die Beratung mit einer individuellen und detaillierten Risikobeurteilung der Situation vor Ort: Welche Bedrohungen für die Sicherheit gibt es, wie lässt sich am besten vorausschauend darauf reagieren? Für die Beantwortung dieser Fragen hält die Krisenleitstelle erprobte Instrumente und Methoden bereit. Für das Krisenmanagement stehen Sicherheitsleitfäden zur Verfügung, mit denen länderspezifische Sicherheitskonzepte erarbeitet werden.

Oft stellt sich dabei heraus, dass das Sicherheitsmanagement nicht einfach neben dem Alltagsgeschäft betrieben werden kann, sondern vor allem in Ländern mit höherem Risikopotenzial externe Beratung hinzugezogen oder auch hauptamtliche Beraterinnen und Berater für das Risikomanagement eingestellt werden müssen.

2012 wurden der rund um die Uhr besetzten Krisenleitstelle der GIZ an die 150 sicherheitsrelevante Vorfälle oder landesweite Krisen gemeldet – mehr als doppelt so viele wie im Durchschnitt der vorangegangenen Jahre. Dies ist allerdings nicht nur auf eine generell unsi-

chere Lage zurückzuführen. Die Aufmerksamkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für tendenziell kritische Situationen ist gestiegen. Zudem wurde 2012 ein neues Meldesystem eingeführt, das sicherheitsrelevante Vorfälle systematischer als zuvor erfasst.

Bei der Einschätzung von Risiken spielen für die GIZ auch externe Netzwerke eine wichtige Rolle. Sie beteiligt sich an Veranstaltungen der Global-Player-Initiative des Bundeskriminalamts und teilt dort regelmäßig sicherheitsrelevante Informationen mit rund 50 großen deutschen Unternehmen, die ebenfalls im Ausland tätig sind. Eine gute Kooperation mit dem Bundeskriminalamt gibt es auch bei der Vorbereitung der an deutschen Botschaften im Ausland eingesetzten Verbindungsbeamten. Diese besuchten vor ihrer Ausreise die GIZ, um mehr über die GIZ vor Ort und die Zusammenarbeit in der Vorsorge und im Krisenfall zu erfahren.

Das Sicherheits- und Risikomanagement der GIZ werde sich in Zukunft ständig weiterentwickeln, ist Schomaker überzeugt. „Vollkommene Sicherheit gibt es nie und akute Krisenfälle entwickeln sich normalerweise sehr schnell. Aber wir tun alles, um die Risiken für unser Personal in akuten Krisenfällen und im Alltag so gut wie möglich zu minimieren – und im Ernstfall den betroffenen Kolleginnen und Kollegen zur Seite zu stehen. ■





> AUSSTELLUNG

Heimat 2.0

Künstlerinnen und Künstler aus unterschiedlichen Herkunftsländern prägen mit ihrer Arbeit die deutsche Kulturlandschaft im 21. Jahrhundert. Eine Ausstellung am GIZ-Standort Eschborn bei Frankfurt am Main ermöglicht ab Dezember einen Blick auf die Arbeit der Grenzgänger der Kulturen.

Die knapp ein Dutzend Künstler stammen aus Ländern, in denen die GIZ tätig ist, leben und arbeiten aber in Deutschland. Aus ihrer biografischen Veränderung heraus haben sie Wege entwickelt, die beide Kulturen verbinden. In Eschborn werden insgesamt rund 100 Arbeiten zu sehen sein – Bilder, Grafiken und Skulpturen. Es werden unterschiedliche Genres, Stile und Auffassungen sichtbar werden. Die GIZ lädt einmal jährlich zu einer Kunstausstellung nach Eschborn ein. Das Bild „Meine Heimat 2“ (oben) stammt von Nijat Hus-

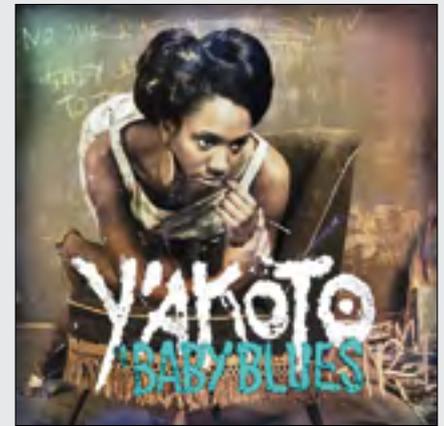
hur, geboren 1969 in Turpan (China). Die Mischtechnik auf Leinwand entstand 2013. Der Künstler, der fließend Uigurisch, Mandarin, Englisch, Deutsch und Türkisch spricht, kam 2005 zum Studium nach Berlin.

Ausstellungsdauer: 5. Dezember 2013 bis 28. Februar 2014

Ort: GIZ in Eschborn, Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, Haus 1, Foyer und 1. Stock

Öffnungszeiten: montags bis freitags, 9 bis 19 Uhr

Weitere Informationen: kunst@giz.de



> MUSIKTIPP

Y'akoto: Babyblues

Y'akoto ist die neue deutsche Soulstimme mit Kraft, Timbre und Authentizität. Die Stücke des Albums „Babyblues“ hat die junge Deutsch-Ghanaerin in bester Soulpoptradition selbst geschrieben. Sie bestechen durch intelligente Songtexte, deren Geschichten nicht nur an der Oberfläche kratzen. Die einfühlsame Produktion (u. a. von Max Herre) paart gekonnt den rohen, auf das Wesentliche reduzierten Soul der exzellenten Begleitmusiker mit ausreichend radiokompatibler Ohrenscheinelei. Die GIZ präsentierte Y'akoto auf dem Rheingau Musik Festival im Juli 2013.

www.yakoto.de

GIZ-PUBLIKATIONEN

Die Publikationen stehen unter www.giz.de/publikationen kostenlos zum Download oder Bestellen bereit.



Islamistische und jihadistische Akteure in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit
Deutsch.

Dr. Oliver Schlumberger, Dr. Peer Gatter, Danaë Panissié

Die GIZ ist in 40 von weltweit 50 muslimisch geprägten Staaten tätig. In Zusammenarbeit mit der

Universität Tübingen analysieren die Autoren Programmatik und Instrumente gesellschaftlich wichtiger islamistischer Gruppierungen in Afghanistan, Ägypten, dem Gazastreifen, dem Libanon, Marokko und Tunesien.

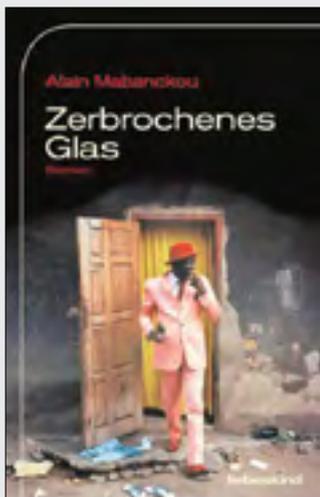


A human rights-based approach to disability in development

Englisch.
Ilse Worm

Etwa 15 Prozent der über 15-Jährigen weltweit sind laut Schätzungen behindert, 80 Prozent von ihnen leben in Entwicklungsländern. Oft werden sie benachteiligt, haben es besonders schwer,

sauberes Wasser zu bekommen, unterrichtet zu werden, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Broschüre nennt Eckpunkte und konkrete Beispiele, um Gleichberechtigung und Integration zu erreichen.



> LITERATURTIPP*

Zerbrochenes Glas

Alain Mabanckou, Republik Kongo
 Aus dem Französischen von Holger Fock
 und Sabine Müller.
 Liebeskind, 224 Seiten,
 ISBN: 978-3954380060

Eine heruntergekommene Kneipe in Brazzaville namens „Hier wird nicht angeschrieben“ als Mikrokosmos der kongolesischen Gesellschaft – und ein zweifelhafter Chronist namens „Zerbrochenes Glas“, der uns mit ironisch gebrochenem Blick teils absurde, teils traurige Geschichten über das Glück und Unglück Afrikas darbietet.

Claudia Kramatschek, Literaturkritikerin und Kulturjournalistin



> LITERATURTIPP*

Kinder der Tage

Eduardo Galeano, Uruguay
 Aus dem Spanischen von Lutz Kliche.
 Peter Hammer Verlag, 416 Seiten,
 ISBN: 978-3779504351

365 Tage hat das Jahr. 365 Geschichten, die manchmal fest, manchmal lose mit dem jeweiligen Datum des Monats verbunden sind, hat Eduardo Galeano zu einem originellen Jahreskalender gesammelt. Meist nur zwei, drei Absätze lang, rufen diese Geschichten vergessene Revolten, unterdrückte Aufstände herauf: Mit ihnen kann man von Tag zu Tag ermutigt durchs Jahr gehen.

Karl-Markus Gauß, freier Schriftsteller, Literaturkritiker und Herausgeber



> LITERATURTIPP*

monnè: Schmach und Ärger

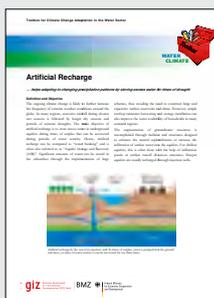
Ahmadou Kourouma, Côte d'Ivoire
 Aus dem Französischen von Vera Gärtling.
 Diaphanes, 332 Seiten,
 ISBN: 978-3037343234

Ein historischer Roman aus afrikanischer Sicht, vermessene Legenden und kartografierte Alpträume, so tragisch wie satirisch, ein irritierendes Wechsellicht, das die kolonialen Figuren und Ereignisse in neuer Form erscheinen lässt, ein gewitztes Wunder der literarischen Perspektive.

Ilija Trojanow, Schriftsteller, Übersetzer und Verleger

* litprom – Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika hat die Rezensionen für akzente bereitgestellt. Sie sind der Bestenliste „Weltempfänger“ von litprom entnommen. www.litprom.de

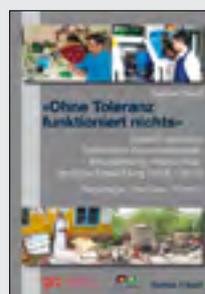
FACHPUBLIKATION



Toolbox for Climate Change Adaptation in the Water Sector.

Englisch.
 Dr. Lisa Oberkircher

Der Klimawandel wird je nach Weltgegend intensivere Regenfälle oder auch längere Trockenzeiten bringen. Die Mappe mit 22 Themenblättern zeigt, mit welchen Maßnahmen sich die Staaten dagegen wappnen können. Die Beispiele reichen von technischen Lösungen wie unterirdischen Auffangbecken oder wasserlosen Sanitäranlagen bis zu Klimaüberwachungs- oder Schulungsmaßnahmen.



„Ohne Toleranz funktioniert nichts“ – Indisch-deutsche Technische Zusammenarbeit in Berufsbildung, Hochschule und ländlicher Entwicklung (1959–2010)

Von Sabine Preuß. Brandes & Apsel, 192 Seiten,
 ISBN: 978-3955580063

Indien und Deutschland haben das Indo-German Institute of Advanced Technology und das Indian Institute of Technology Madras in Chennai aufgebaut. Gemeinsam wird Nachhaltigkeitsforschung betrieben. Die Rückschau beleuchtet Erfahrungen und Erfolge der Zusammenarbeit.

YANN LE BEUX

BERÄT EXISTENZGRÜNDER

„MEIN ARBEITGEBER ist eines der führenden Gründerzentren für das IT-Gewerbe in Afrika“, sagt Yann Le Beux. Vor zwei Jahren wurde der 28-jährige Ingenieur vom Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) an die senegalesische Non-Profit-Organisation CTIC vermittelt, ein Zentrum für Informations- und Kommunikationstechnologien. „Senegal, Kenia und Ghana sind die aktivsten Länder Afrikas, was IT-Entwicklungen betrifft“, sagt der Franzose. CTIC wird von öffentlichen Stellen und privaten Unternehmen getragen und begleitet junge IT-Firmen. Bis 2011 hatte Le Beux in Großbritannien und den USA Unternehmensgründungen betreut, Arbeitgeber war jeweils die französische Botschaft. 2012 erzielten elf von CTIC beratene Unternehmen ein Ertragswachstum von 85 Prozent. Die Arbeitstage von Le Beux im Senegal sind vielseitig: Er trifft sich mit Partnern, Kunden und Pressevertretern, organisiert Workshops mit Universitäten oder Veranstaltungen für die IT-Community. Und er stimmt seine Arbeit ab mit einem vom Bundesentwicklungsministerium finanzierten Projekt zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen des Mikrofinanzsektors. „Dakar ist spannend und ein toller Ort zum Leben“, sagt er. „Und Afrika verändert sich unglaublich schnell.“

Text und Foto: Sumi Teufel

☞ CIM, die Arbeitsgemeinschaft der Bundesagentur für Arbeit und der GIZ, vermittelt regelmäßig Expertinnen und Experten an Arbeitgeber im Ausland. Besuchen Sie unseren Stellenmarkt: www.cimonline.de

AUTOREN UND FOTOGRAFEN DIESER AUSGABE



HAUKE FRIEDERICHS, freier Journalist, berichtete im akzente-Schwerpunkt über das Thema Sicherheit (S. 12) und aus Mauretanien (S. 34).



THOMAS IMO ist seit 25 Jahren Fotograf und Inhaber der „photothek“, einer Agentur für Presse- und PR-Fotografie (S. 34). www.photothek.net



TONI KEPPELER ist auf Lateinamerika spezialisiert. Für akzente war der Autor in Costa Rica (S. 8) und in Mexiko (S. 38) unterwegs. www.latinomedia.de



DIANA LAARZ lebt seit 2009 in Moskau. Für ihre Reportage verließ sie die russische Hauptstadt und schaute sich in Laos um (S. 30).



SABINE SCHIEMANN ist Art-Direktorin bei muehlhausmoers corporate communications. Von ihr stammen die Illustrationen zum Thema Sicherheit (S. 12).



CAIO VILELA lebt in São Paulo. Der Journalist und Fotograf hat Straßenfußballer in 53 Ländern fotografiert (S. 28). www.artefutebol.com.br



MANUEL HAUPTMANNL ist Fotograf mit Schwerpunkt Südostasien und Naher Osten. Er porträtierte Hans-Ulrich Gack (S. 26). www.hauptmannl.com



KATRIN KEMMERLING ist Art-Direktorin bei muehlhausmoers corporate communications. Sie hat den „erklärt“-Beitrag illustriert (S. 42).



MAXIMILIAN KURZ schilderte, wie die GIZ ihre Mitarbeiter schützt (S. 42). Er ist in der Unternehmenskommunikation der GIZ tätig.



SASCHA MONTAG ist freier Fotograf mit dem Schwerpunkt Entwicklung und Soziales. Für akzente fotografierte er in Laos (S. 30). www.saschamontag.de



SUMI TEUFEL ist Mitarbeiterin der Unternehmenskommunikation der GIZ. Sie besuchte den Existenzgründer-Berater Yann Le Beux im Senegal (S. 46).

IMPRESSUM

AKZENTE

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft: Bonn und Eschborn
• Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn,
Tel.: +49 228 44 60-0, Fax: +49 228 44 60-17 66

• Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, 65760 Eschborn,
Tel.: +49 61 96 79-0, Fax: +49 61 96 79-11 15
Dorothee Hutter, Leiterin Unternehmenskommunikation

E-Mail: akzente@giz.de

Internet: www.giz.de/akzente

Verantwortlich: Anja Tomic, stellvertretende Leitung Unternehmenskommunikation (GIZ)

Redaktion und Gestaltung:

GIZ: Wolfgang Barina (CvD), Kerstin Nauth, Jens Neumann
muehlhausmoers corporate communications: Dagmar Puh,
Sabine Schiemann, Beate Schwarz

Fachliche Beratung für den Schwerpunktartikel:

Dr. Fouzieh Melanie Atamir (GIZ)

Lektorat: textschrittmacher, Lübeck

Produktion: muehlhausmoers corporate communications, Köln

Lithografie: purpur, Köln

Druck: SZ Offsetdruck-Verlag, St. Augustin

Papier: Arctic Volume, nach FSC-Standard zertifiziert

Kartenmaterial: GIZ/Ira Olaleye

Die kartografische Darstellung dient nur dem informativen Zweck und beinhaltet keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten. Die GIZ übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit oder Vollständigkeit des bereitgestellten Kartenmaterials.

Jegliche Haftung für Schäden, die direkt oder indirekt aus der Benutzung entstehen, wird ausgeschlossen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle nicht gekennzeichneten Bilder: GIZ

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Erscheinungsdatum der vorliegenden Ausgabe:

September 2013

ISSN: 0945-4497

akzente wurde 2013 und 2012 mit einem Fox Award in Silber sowie 2011 mit einem Mercury Award in Gold und einem Fox Award in Gold ausgezeichnet.



VORSCHAU

akzente-Ausgabe 04/2013

KONSUM, HANDEL, VERANTWORTUNG Viele Konsumenten bei uns wissen durchaus, woher Lebensmittel, Kleidung und elektronische Geräte kommen. Aber wissen sie auch, dass Produktion und Handel nicht immer für alle Menschen und Länder fair und unproblematisch

vonstattengehen? Was sagen Labels, Zertifikate und Etiketten aus? Wie funktioniert die globalisierte arbeitsteilige Wirtschaft? Welche Rolle spielen in der internationalisierten Wirtschaft Nachhaltigkeit und Corporate Social Responsibility?





Im Hafen von Ziguinchor im Senegal
werden Lebensmittel entladen und für die
weitere Vermarktung vorbereitet.

Fotograf: Jan Stradtman/OSTKREUZ